

21. Bundeskongress

der Landesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR,
zur Aufarbeitung der SED-Diktatur und der Folgen der kommunistischen Diktatur sowie
der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur mit den Verfolgtenverbänden und
Aufarbeitungsinitiativen, 28. bis 30. April 2017 in Magdeburg



Erinnern und Zeichen setzen!

Zeugnisse politischer Verfolgung
und ihre Botschaft

Beiträge – Bilder – Informationen

Vorwort

Sehr geehrte Leserinnen, sehr geehrte Leser,

die Frage nach dem Umgang mit Erinnerungen, nach Erinnerungsorten und der Gedenkkultur an die Verbrechen während der kommunistischen Diktatur stand im Mittelpunkt des 21. Bundeskongresses 2017 in Magdeburg.

Zum größten Treffen mit den Opferverbänden und Aufarbeitungsinitiativen in Deutschland hatten die Landesbeauftragten für Stasiunterlagen und zur Aufarbeitung der kommunistischen Diktatur gemeinsam mit der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur eingeladen.

Unter dem Titel „Erinnern und Zeichen setzen!“ boten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer, wie sie ihre Widerstands- und Unrechtserfahrungen für die Gesellschaft sichtbar machen können. Die Weitergabe ihrer Erinnerungen an kommende Generationen sehen sie als wesentlichen Beitrag zur Stärkung der Zivilgesellschaft. Mit kreativen Ideen und modernen Formaten wollen sie vor allem jene erreichen, die selbst nicht zur Erlebnisgeneration gehören. Die Initiativen stellten Gedenkzeichen, Animationsfilme, Internetportale und Social-Media-Angebote vor, um damit unterschiedliche Zugänge zu historischem Wissen und den Erfahrungen der Zeitzeugen zu ermöglichen.

Am Bürgerdenkmal Magdeburg endete der Bundeskongress mit den Opferverbänden und Aufarbeitungsinitiativen mit einem Gedenken an die Opfer kommunistischer Gewaltherrschaft.

Die Präsidentin des Landtages von Sachsen-Anhalt, Gabriele Brakebusch, betonte eingangs die Notwendigkeit einer nachhaltigen Aufarbeitung der SED-Diktatur.

Dass Erinnerung sich nicht auf eine abgeschlossene Geschichtsepoche bezieht, wurde beim Thema der Befristung der SED-Unrechtsbereinigungsgesetze deutlich. Verfolgtenvertreter, Landesbeauftragte und die Bundesstiftung Aufarbeitung wiesen in diesem Zusammenhang auf die dringend notwendige Entfristung der Rehabilitierungsgesetze hin.

Der Bundeskongress ist wichtig für den Austausch, Diskussionen und Begegnungen zwischen den Aktiven in der Aufarbeitung.

In diesem Band dokumentieren wir einen Teil der Grußworte und Referate zum Nachlesen und möchten mit den Fotos auch insgesamt auf den Kongress zurückblicken.

Birgit Neumann-Becker,
Beauftragte des Landes Sachsen-Anhalt zur Aufarbeitung der SED-Diktatur

PROGRAMM

FREITAG, 28.4.2017

18 Uhr Kongresseröffnung mit Festveranstaltung

Begrüßung

Birgit Neumann-Becker, Beauftragte des Landes Sachsen-Anhalt zur Aufarbeitung der SED-Diktatur

Markus Meckel, Vorsitzender des Stiftungsrates der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur

Grußworte

Gabriele Brakebusch, Präsidentin des Landtages von Sachsen-Anhalt

Andreas Schumann MdL, Stadtratsvorsitzender der Landeshauptstadt Magdeburg

Festvortrag

Marianne Birthler, ehem. Bundesbeauftragte für die Stasi-Unterlagen, Berlin

SAMSTAG, 29.4.2017

9.30 Uhr SED-Verfolgte als Zeitzeugen. Die Erfahrungen von Verfolgung und der Einsatz für Demokratie und Freiheit

Gabriele Stötzer, Erfurt und Matthias Storck, Herford

11 Uhr An Verfolgung erinnern und Einsichten weitergeben Aktionen und Projekte

1. Stefan Krikowski: Workuta.de

2. Detlev von Dechend/Dr. Frank Hoffmann: Demokratiebewusstsein fördern. Wissenschaftlich begleitete Zeitzeugengespräche

3. Ingolf Notzke: Aufarbeiten. Aufklären. Erinnern. Mobiles Denkzeichen zur Aufklärung und Erinnerung an DDR-Heimerziehung

SONNTAG, 30.4.2017

9.30 Uhr Denkmale, Erinnerungsorte und Erinnerungszeichen

1. Erinnerungsorte für die Opfer der kommunistischen Diktaturen: Anna von Arnim-Rosenthal,

2. Studentischer Gestaltungswettbewerb für ein Denkmal für Opfer des Totalitarismus und Denkmale für Opfer am Eisernen Vorhang: Dr. Neela Winkelmann, Platform of European Memory and Conscience

3. Das Bürgerdenkmal in Magdeburg: Dr. Willi Polte, Oberbürgermeister a. D. der Landeshauptstadt Magdeburg

4. Der Europa-Radweg entlang des ehemaligen Eisernen Vorhangs: Michael Cramer, MdEP

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	2
Programm	3
Inhaltsverzeichnis	4
Begrüßung durch Birgit Neumann-Becker, Beauftragte des Landes Sachsen-Anhalt zur Aufarbeitung der SED-Diktatur	5
Grußwort von Gabriele Brakebusch, Präsidentin des Landtages von Sachsen-Anhalt	8
Festvortrag von Marianne Birthler, ehemalige Bundesbeauftragte für die Stasi-Unterlagen, Berlin Erinnern tut gut. Vom Wert des Gedächtnisses für eine demokratische Kultur	11
An Verfolgung erinnern und Einsichten weitergeben Aktionen und Projekte	
Stefan Krikowski Workuta.de	19
Delef von Dechend/Dr. Frank Hoffmann Demokratiebewusstsein fördern. Wissenschaftlich begleitete Zeitzeugengespräche	23
Denkmale, Erinnerungsorte und Erinnerungszeichen	
Anna von Arnim-Rosenthal Erinnerungsorte für die Opfer der kommunistischen Diktaturen	27
Dr. Willi Polte Das Bürgerdenkmal in Magdeburg	32
Fotostrecke	34
Weiterführende Literatur zum Thema	41
Beiträge zu diesem Band	42

Begrüßung durch Birgit Neumann-Becker, Beauftragte des Landes Sachsen-Anhalt zur Aufarbeitung der SED-Diktatur



Eröffnung durch Landesbeauftragte Birgit Neumann-Becker

Sehr geehrte Frau Landtagspräsidentin Brakebusch, sehr geehrte Mitglieder des Landtags von Sachsen-Anhalt, sehr geehrtes Mitglied des Deutschen Bundestages Dr. Diaby, sehr geehrter Herr Stadtratsvorsitzender Schumann, sehr geehrte Stadträtinnen und Stadträte und sehr geehrte Frau Birthler,

sehr geehrte Vertreterinnen und Vertreter der Opferverbände und Aufarbeitungsinitiativen, sehr geehrte Landesbeauftragte, sehr geehrte Vertreter der Bundesstiftung Aufarbeitung als Mitveranstalter!

Der 21. Bundeskongress der Landesbeauftragten für Stasiunterlagen, zur Aufarbeitung der SED-Diktatur und zur Aufarbeitung der kommunistischen Diktatur wird gemeinsam mit der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED Diktatur durchgeführt. Ich darf Sie hier in der Landeshauptstadt Magdeburg namens der Landesbeauftragtenkonferenz sehr herzlich begrüßen. Die Begrüßung für die Bundesstiftung Aufarbeitung wird durch deren Ratsvorsitzenden Markus Meckel erfolgen, den ich an dieser Stelle ebenfalls sehr herzlich begrüßen möchte. Die musikalische Begleitung unserer Kongresseröffnung hat Holger Gottwald übernommen, er ist freiberuflicher Gitarrist und unserem Thema sehr verbunden. Holger Gottwald hat als Bausoldat 1985/86 den aktiven Wehrdienst in der DDR verweigert und eine eigene Geschichte mit der SED-Diktatur zu erzählen. Ich freue mich, dass Sie an der Eröffnung unseres Kongresses mitwirken.

Erinnern ist das Leitthema unseres Kongresses – und das ist das Gegenteil von Vergessen und Verschweigen.

Hier in Magdeburg können Sie den Spuren deutscher Geschichte von Kaiser Otto und seiner Frau Editha oder dem Reformator Martin Luther unmöglich ausweichen. Die Landeshauptstadt Magdeburg ist aber auch gezeichnet durch frühere antizivilisatorische gewalttätige Zerstörungen. Die beiden verheerendsten Ereignisse möchte ich benennen: Im Fortgang des Dreißigjährigen Krieges wurde das protestantische Magdeburg 1631 durch die kaiserlichen Truppen unter Führung der Feldherren Tilly und Pappenheim so furchtbar geplündert und zerstört, dass innerhalb weniger Tage die Bevölkerung von ca. 30.000 Menschen auf 5.000 Menschen dezimiert war. Später sprach man vom Magdeburgisieren einer Stadt, wenn sie im Zusammenhang mit einer kriegerischen Handlung zerstört wurde. Die Stadt an der Elbe erholte sich, prosperierte

und wurde zu einer großartigen Barockstadt und später zu einer mitteldeutschen Industriemetropole. Doch am 16. Januar 1945 wurde einer der verheerendsten Bombenangriffe auf Magdeburg geflogen und zerstörte die Stadt erneut grundlegend. Die Spuren dieser zweiten Zerstörung sind der Stadt bis heute eingegraben.

In der SBZ/DDR entstand am Moritzplatz sehr schnell unter neuer Diktatur ein Gefängnis für politische Gegner. Einige von Ihnen haben heute die dortige Gedenkstätte besucht.

Magdeburg ist also heute ein guter Ort, um darüber zu diskutieren, wie die Zeitgeschichte erinnert wird, welchen Raum sie durch Erinnerungszeichen und Denkmale erhalten soll und mit welchen Aussagen.

Zur Erinnerung gehört die sichtbare und kontinuierliche Anerkennung und Wertschätzung derer, die politische Repression in der DDR erleben mussten. Deshalb fordern wir als Landesbeauftragte – auch im Zusammenhang mit unserem Tagungsthema – die Aufhebung der Fristen für die SED-Unrechtsbereinigungsgesetze. Rehabilitierung und Anerkennung politischen Unrechts müssen verbessert werden. Eine Fristsetzung für Anträge ist dafür das falsche Zeichen.

In der langen Perspektive der Aufarbeitung geht es immer um die Frage der Zugänge zu den Werten, die Demokratie und Freiheitsrechte begründen. Bei der Erinnerung an Menschenrechtsverletzungen in der SBZ/DDR geht es um Empathie und Mitmenschlichkeit, um zivilisatorische Grundwerte. Dazu braucht es das Engagement von Ihnen, den Opferverbänden und Aufarbeitungsinitiativen. Es braucht aber auch die politisch praktizierten Grundwerte, um hier eine Verständigung in der demokratischen Öffentlichkeit herzustellen. Deshalb war es von besonderer Bedeutung, dass genau vor drei Wochen, am 7. April 2017, eine Plenumsdebatte im Landtag zum Thema „DDR-Unrecht weiter aufarbeiten – Versöhnung fördern“ stattfand – auch aus Anlass des heute hier beginnenden Bundeskongresses. In dieser Sitzung wurde auch die Überprüfung der Abgeordneten nach Stasi-Unterlagengesetz beschlossen. Die Auseinandersetzung um die Erinnerung und die Bedeutung der Überprüfung spiegelt auch die Diskussion in der Öffentlichkeit wider. Es braucht diese sichtbaren Zeichen und es braucht Symbole, um die Demokratie zu stärken.

Zurück zu unserem Tagungsthema: „Erinnern und Zeichen setzen!“ ist mit einem Ausrufungszeichen versehen. Warum? Ich möchte an dieser Stelle exemplarisch an zwei Magdeburger Schicksale erinnern:

Am 20. März 1954 wurde der Magdeburger Gärtner und ehemalige Sozialdemokrat Ernst Jennrich im Zusammenhang mit dem Volksaufstand am 17. Juni nach einem – per Tonmitschnitt aufgezeichneten und aufbewahrten – 15-minütigen Gerichtsverfahren ohne Beweisaufnahme im Alter von 43 Jahren zum Tode verurteilt und in Dresden hingerichtet. Er hinterließ seine Frau und zwei Kinder. Im August 1991 wurde er – auf Antrag seines Sohnes – vom Landgericht Magdeburg rehabilitiert.

Am 9. August 1986 starb der 18-jährige Magdeburger Abiturient Hartmut Tautz in Bratislava bei dem Versuch, den Eisernen Vorhang zu durchbrechen. Er erlag den Folgen der schlimmen Bissverletzungen, die ihm die selbstständig attackierenden Hunde der tschechoslowakischen Grenzwächter zugefügt hatten. Die hatten ihm medizinischen Beistand versagt und ließen ihn verbluten. Am 13.3.2017 wurde Hartmut Tautz von einem Gericht in Bratislava rehabilitiert. Die Bundesanwaltschaft stellt jetzt die juristische Aufarbeitung in Aussicht.

Warum nehme ich Bezug auf diese beiden Schicksale? Die SED-Diktatur brauchte von Anfang an Stacheldraht, Gefängnisse und Schießbefehl gerade deshalb, weil sich Menschen ihr entgegengestellt haben und nicht einfach einverstanden gewesen sind. Sie strebten nach Freiheits-

rechten. Wir wollen hier auf diesem Kongress darüber sprechen, wie die Erinnerung daran bewahrt und gestaltet werden kann. Und: Beide Schicksale zeigen, welche langen Wege und Zeiträume Rehabilitierungsverfahren zuweilen brauchen.

Erinnern ist in unserem Zusammenhang häufig auch ein schmerzhaftes Unterfangen und beabsichtigt im weiteren Horizont die Überwindung der verletzenden Erfahrungen. Siegfried Heinrichs, der darum wusste, schrieb in seinem Buch „Kassiber“ im Jahr 1983: „Ich schrieb über das, was ich sah, was ich bezeugen kann, was belegt ist mit Name, Ort, Geschichte. Ich schrieb über einige Tage in den Zuchthäusern ... Ich schrieb über die Träume eines einzelnen inmitten der Verzweiflung, über seine Hoffnung, wieder ohne Gitter leben zu können ... Aber ich sehe: Die Gitter sind meinem Wort eingewachsen – deshalb versuche ich, hier, sie mit meinem Atem, mit meinem Vers, zu zersägen.“ Sie als Vertreterinnen und Vertreter von Opferverbänden und Aufarbeitungsinitiativen, als Menschen, die sich heute der Aufarbeitung der SED-Diktatur widmen, leisten wichtige Beiträge dazu, dass die eingewachsenen Gitter zersägt werden und Freiheit für Neues entsteht.

Erinnern hat mit konkreten Menschen und Ereignissen zu tun. Es ist guter Brauch und traurige Pflicht, am Beginn eines jeden Bundeskongresses an die Verstorbenen des vergangenen Jahres aus den Opferverbänden zu denken und ihre Namen zu nennen. In diesem Jahr haben wir besonders viele Namen Verstorbener zu verlesen. Wir haben uns gemeinsam in der Vorbereitung dafür entschieden, jeden einzelnen Namen zu verlesen. Auch deshalb, weil in diesem Jahr viele Frauen und Männer verstorben sind, die in sowjetischen Speziallagern oder im Gulag inhaftiert gewesen sind und die teilweise in über 40 Jahren DDR ihre schweren Erfahrungen von Entrechtung und Entwürdigung in sich verbergen und aus Angst vor erneuter Denunziation verschweigen mussten. Im Herbst 1989 endete dieses Schweigen und wir verdanken ihnen Begegnungen und Zeitzeugnisse besonderer Intensität. Sie haben damit ganz grundlegend zur Aufklärung und Aufarbeitung beigetragen und haben den Plan der Diktatoren durchkreuzt, durch Schweigen die Spuren der Menschenrechtsverletzungen zu verbergen. Ich werde jetzt ihre Namen verlesen und bitte Sie um eine Schweigeminute.



Totengedenken

Die Präsidentin des Landtags von Sachsen-Anhalt hat den Bundeskongress für heute Abend eingeladen. Die Einladung haben Sie mit Ihrer Tagungsmappe erhalten. Dieser Einladung – das sage ich im Namen der Veranstalter – folgen wir gerne. Frau Präsidentin, dies ist ein klares politisches Bekenntnis zu Aufarbeitung und einer gelebten Erinnerungskultur, für das ich mich schon jetzt sehr herzlich bedanken möchte.

Grußwort von Gabriele Brakebusch, Präsidentin des Landtages von Sachsen-Anhalt



Gabriele Brakebusch,
Präsidentin des Landtages von Sachsen-Anhalt

Im Namen des Landes und des Landtages darf ich Sie alle, die Sie an diesem 21. Bundeskongress teilnehmen, sehr herzlich in Sachsen-Anhalt willkommen heißen!

Sie haben sich unter dem Motto „Erinnern und Zeichen setzen! Zeugnisse politischer Verfolgung und ihre Botschaft“ hier in Magdeburg versammelt. Bereits dieser Titel verdeutlicht, dass Erinnerung nicht nur Erinnern an Vergangenes beinhalten kann, sondern dass Erinnerung – will und soll sie nachhaltig sein – immer auch in Verantwortung für die Gegenwart und Zukunft erfolgen sollte, ja muss.

Vor diesem Hintergrund sei mir als Präsidentin des Landtages ein Exkurs in die Arbeit unseres Landesparlaments gestattet.

Der Landtag hat sich in den letzten Jahren intensiv mit dem Thema dieses Kongresses und den damit verbundenen Fragestellungen auseinandergesetzt.

Einer der Meilensteine in diesem Prozess war der Beschluss des Landtages zur Neuorientierung des Amtes der Beauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik in Sachsen-Anhalt vom März 2014.

Durch diesen Beschluss wurde der Ausschuss für Recht, Verfassung und Gleichstellung beauftragt, hierzu eine Anhörung unter Einbeziehung der in diesem Feld tätigen Verbände und Forschungseinrichtungen durchzuführen.

An dieser Anhörung im Mai 2014 beteiligten sich neben dem Bundesbeauftragten, der ehemaligen sowie der amtierenden Landesbeauftragten elf Stiftungen, Opferverbände sowie Forschungsvertreter.

In der Anhörung wurde deutlich, dass eine Beschränkung der Tätigkeit der Landesbeauftragten auf die Bearbeitung des Gegenstandes Staatssicherheit und in zeitlicher Hinsicht auf die Dauer des Bestehens der DDR als nicht mehr ausreichend empfunden wurde. Vielmehr sollte das Gesamtsystem staatlicher Repressions- und Verfolgungspolitik erfasst und sollten auch die Unrechtserfahrungen in der sowjetischen Besatzungszone vor der Gründung der DDR in die Betrachtungen aufgenommen werden.

Dieser Prozess mündete ein in das „Gesetz über die Beauftragte des Landes Sachsen-Anhalt zur Aufarbeitung der SED-Diktatur“ oder kurz „Aufarbeitungsgesetz“.

In der Begründung zum Gesetzentwurf hieß es bereits, die Beschränkung der Aufarbeitung auf die Behörden der Staatssicherheit werde den vielen Einzelschicksalen mit anderen Unrechtserfahrungen in der DDR und aus der Zeit nach dem 8. Mai 1945 nicht gerecht. Diese Unrechtserfahrungen, die weit über die Staatssicherheit hinausgehen, gelte es gleichermaßen aufzuarbeiten.

Auch verschoben sich 25 Jahre nach dem Ende der SED-Diktatur die Aufgabenschwerpunkte von der Beratung bei Akteneinsicht und in Rehabilitierungsverfahren einerseits sowie die Bewertung und Begutachtung von Stasi-Unterlagen andererseits immer mehr zu neuen Aufgaben auf den Gebieten der Aufarbeitung und Vermittlung der 45-jährigen Geschichte von SBZ und DDR. In Wissenschaft und Schulunterricht zeichne sich neuer Bedarf an Forschungsfinanzierung und der Finanzierung von Bildungsprojekten ab.

In einer zugegebenermaßen äußerst kurzen Zusammenfassung lässt sich festhalten: Das im November 2015 verabschiedete Gesetz definierte nicht nur die Aufgaben der Landesbeauftragten in diesem skizzierten Sinne neu, sondern führte sie auch in organisatorischer Hinsicht aus der Obhut der Landesregierung unter das Dach des Landtages.

Erinnern an Vergangenes und das Erinnern fruchtbar machen für die Zukunft heißt einerseits, den Opfern gerecht zu werden.

Andererseits gilt es – wie es der Bundesbeauftragte formuliert hat –, eine Brücke zu nachfolgenden Generationen zu schlagen. Mit der Aufklärung über die Ursachen und Folgen von Unrecht lässt sich gleichzeitig das Bewusstsein für die Bedeutung der Menschenwürde-Garantie sowie des Rechtsstaates schärfen und mithin die Demokratie stärken!

Erinnern an Vergangenes bedeutet, sich bald 30 Jahre nach der friedlichen Revolution weiterhin sehr aktuellen Fragen zu stellen.

Ich denke dabei an die Rehabilitierung politisch Verfolgter, an den Umgang mit Folgeschäden aus Haft und Heimerziehung – hier sei nur an den hier in der Nähe liegenden Jugendwerkhof in Burg erinnert – oder an Zwangsadoptionen sowie an die Gewährleistung psychosozialer Arbeit. Diese Fragen betreffen zahlreiche Menschen, ihre Lebensläufe und teilweise auch nachfolgende Generationen. Es ist weiterhin wichtig, dass den Opfern politischer Gewaltherrschaft die öffentliche Anerkennung und der Respekt entgegengebracht werden, die ihnen ohne jeden Zweifel gebühren.

Diese Menschen sind Zeitzeugen der deutschen, unserer Geschichte. Unrecht, Willkür und Gewalt in der DDR haben die Würde zahlreicher Menschen verletzt und verletzt sie leider zeit lebens. Deshalb, meine Damen und Herren, kann es auch keinen Schlusstrich und sollte es auch keine Schlusstrichdebatte geben.

Dies alles ist wichtig. Es ist unverrückbarer Bestandteil unseres Erinnerns. Aber auch das muss gesagt sein: Das allein reicht nicht aus! Das allein reicht nicht aus, um die erwähnte Brücke in die Zukunft zu schlagen, um die junge Generation zu erreichen, um sie für die Zeit, ihre Auswirkungen und die Lehren für die Zukunft zu interessieren.

Die Erfahrungen, die für mich und meine Generation selbstverständlich sind, müssen auch für nachfolgende Generationen, für unsere Kinder und Enkel nachvollziehbar gemacht werden –

für Generationen also, für die die DDR nur noch Teil der Geschichte ist. Sie müssen Teil auch ihrer Geschichte werden. Und aus ihnen muss Verantwortung erwachsen können.

Deshalb ist es ebenso wichtig, Gegenwart und Zukunft insbesondere in Verantwortung vor unserer doppelten Diktaturgeschichte des 20. Jahrhunderts zu gestalten. Sie zu gestalten heißt und muss heißen, diese Erfahrungen als Mahnung dafür fruchtbar zu machen, wie dünn sich die Decke der Zivilisation mitunter erweisen kann, sowie als Verpflichtung für uns alle, aufzustehen und Gesicht zu zeigen, wenn es um die Würde und Freiheit Einzelner oder von Gruppen geht.

Oder wie es unser ehemaliger Bundespräsident Joachim Gauck in seinem begeisterten wie begeisternden Plädoyer für die Freiheit ausgedrückt hat:

„Das Bewusstsein darüber, wozu wir in der Zukunftsgestaltung imstande sind, muss deutlicher neben die Bewusstheit darüber treten, welche Fehler und Verbrechen wir oder unsere Vorfahren in der Vergangenheit begangen haben.

Ich wünsche mir, dass sich unsere Gesellschaft tolerant, wertbewusst und vor allen Dingen in Liebe zur Freiheit entwickelt und nicht vergisst, dass die Freiheit der Erwachsenen Verantwortung heißt.“

In diesem Sinne wünsche ich Ihnen im Namen des Landes und des Landtages von Sachsen-Anhalt sowie ganz persönlich einen erfolgreichen Kongress!

Vielen Dank!

Festvortrag von Marianne Birthler,
ehemalige Bundesbeauftragte für die Stasi-Unterlagen, Berlin



Festvortrag Marianne Birthler

ERINNERN TUT GUT

Vom Wert des Gedächtnisses für eine demokratische Kultur

Erinnern tut gut: Wenn dem nicht so wäre, würden wir nicht tausend Wege suchen, das Erlebte festzuhalten: Wir schreiben Tagebücher und bewahren alte Briefe und Kalender auf, fahren zum Klassentreffen und freuen uns, wenn wir die Lieder und Gedichte unserer Kindheit noch auswendig können. Wir pflegen die Gräber unserer Angehörigen, feiern Hochzeitstage und sammeln Reiseandenken. Und vor allem bewahren wir Fotos auf, Tausende Fotos.

Nicht anders verhält es sich mit Staat und Gesellschaft: Wir begehen Gedenk- und Jahrestage, erbauen Museen, pflegen die Archive und errichten Denkmäler und enthüllen Gedenktafeln. Wir benennen Straßen oder Gebäude nach Menschen, die wir nicht vergessen wollen. Vor den Häusern, in denen die von den Nationalsozialisten ermordeten Juden wohnten, erinnern Stolpersteine an die einstigen Bewohner. Und durch ganz Europa zieht sich vom nördlichen Norwegen bis zum Schwarzen Meer der 9.000 Kilometer lange Iron Curtain Trail, ein Radweg entlang des früheren Eisernen Vorhangs.

Unser persönliches und unser gesellschaftliches Dasein sind auf das Engste mit der Vergangenheit verflochten.

Das muss ich Ihnen nicht erzählen – in einem Saal voller Menschen, die die Vergangenheit zu ihrem Beruf gemacht haben. Und ihn auf sehr verschiedene Weise ausfüllen. Es würde mich schon sehr interessieren, was für Sie persönlich hinter Ihren ziemlich sperrigen Amtsbezeichnungen, die auf dem Einladungsflyer immerhin sechs Zeilen füllen, steckt. Was steht für Sie im Mittelpunkt dessen, was Sie tun? Sehen Sie sich als eine Art von Archäologen? Als Zeitzeugen? Pädagogen? Lobbyisten? Goldgräber? Seelsorger? Oder eher als Ankläger, Anwälte oder Richter? Schiedsrichter? Sozialarbeiter? Aufklärer? Oder einfach nur als Behördenleitung?

Ich möchte mit Ihnen in der kommenden halben Stunde weniger darauf schauen, was Sie als Akteure der Diktaturaufarbeitung tun und wie erfolgreich Sie sind. Vielmehr möchte ich Sie dazu verleiten, über das WARUM nachzudenken. Was ist das, was Sie im Innersten antreibt? Was gibt Ihnen Tag für Tag die Kraft für Ihre Arbeit – und richtet Sie wieder auf, wenn Sie er-

schöpft oder enttäuscht sind? Es ist gut, sich diese Frage ganz persönlich zu stellen und zu beantworten.

Verallgemeinern lassen sich solche Antworten nicht. Doch der Austausch darüber ist wertvoll. Denn da geht es nicht nur um Projekte, Antragszahlen oder erinnerungspolitische Erfolge oder Missstände, sondern da öffnen wir ein wenig unser Herz. Erinnerung – das wissen Sie selbst am besten aus zahlreichen Begegnungen – ist immer mit starken Empfindungen verbunden, mit beglückenden, traurigen, zornigen oder verstörenden Gefühlen. Wer die Erinnerung zum Beruf gemacht hat, ist gut beraten, auch die eigenen Gefühle zu klären und zu respektieren.

Ich wohne in Berlin knapp 300 Meter von der Gedenkstätte Bernauer Straße entfernt. Tagtäglich sind dort Tausende Besucher unterwegs. Ich fahre oft mit dem Rad vorbei und freue mich über diesen lebendigen Ort, darüber, dass Gruppen Jugendlicher sich die Informationsstelen anschauen und das Fenster der Erinnerung betrachten, das an die Toten erinnert. Und dann sitzen sie im Gras, ruhen sich aus, lachen.

Man könnte einwenden, dass es pietätlos ist, dort zu picknicken und zu lachen, wo Menschen unter Lebensgefahr durch Tunnel in den Westen krochen oder beim Versuch zu fliehen erschossen oder festgenommen und zu langen Haftstrafen verurteilt wurden.

Ich finde aber, dass das in Ordnung so ist. Für die einen ist es nun mal weit zurückliegende Geschichte. Andere kämpfen auf ihrem Weg durch die Gedenkstätte auch heute noch mit den Tränen – weil sie an der Grenze einen geliebten Menschen verloren haben oder plötzlich wieder spüren, wie es war, hinter der Mauer eingesperrt gewesen zu sein. Oder sich an schmerzhaft Abschiede von Kindern und Freunden erinnern, die hinter dem Grenzübergang verschwanden.

Lebendige Erinnerung geht immer mit sehr unterschiedlichen Gefühlen einher – vorausgesetzt, wir verschließen unsere Augen nicht vor allem, was uns wehtut oder was wir nicht wahrhaben wollen. Wie im persönlichen Leben ist es auch beim Rückblick auf die Geschichte verlockend, sich beim Erinnern auf das Gute und Schöne zu beschränken – auf die gelungene Revolution, den Mauerfall, auf große und kleine Heldengeschichten.

Weitaus schwieriger ist es dagegen, sich dem Leid zuzuwenden, das wir selber erfahren oder anderen zugefügt haben, der eigenen Verantwortung, dem kleinen oder großen Verrat an der Freiheit. Das tut weh und ist mit Scham verbunden. Doch das halbe Erinnern setzt im Grunde die Logik der Diktatur fort. „Eine halbe Wahrheit ist eine ganze Lüge“, sagt Wolf Biermann.

Die SED fürchtete – wie übrigens die Mächtigen jeder Diktatur – die Wahrheit mehr als alles andere. Wer versuchte, wie Václav Havel es ausdrückte, „in der Wahrheit zu leben“, wurde zu ihrem Feind. Freiheit und Lüge schließen einander aus.

Leider gibt es auch heute Gründe, die Wahrheit zu verteidigen. Wenn Politiker, alle Tatsachen verachtend, Unwahrheiten verbreiten und dann jene, die die Lügen beim Namen nennen, beschimpfen und bedrohen, dann ist das nicht nur ein Mangel an politischer Kultur, sondern eine reale Gefahr für Recht und Freiheit.

Eine demokratische Kultur des Erinnerns ist mehr als „Vergangenheitsbewältigung“ oder „Aufarbeitung“. Sie geht erstens davon aus, dass unsere Geschichte Teil unseres Selbst ist. Sie zu verleugnen hieße, uns selbst nicht ernst zu nehmen. Und zweitens bemüht sie sich, der Wahrheit so nahezukommen, wie wir es vermögen. Sie blendet die dunklen Seiten unserer Geschichte nicht aus, erlaubt uns aber und ermutigt uns dazu, uns an guten Erinnerungen zu freuen und vielleicht sogar stolz darauf zu sein.

Wir verwenden eine Menge Geld und Energie darauf, dass möglichst viele Jugendliche frühere Haftstätten besuchen, ehemals Verfolgten begegnen und wissen, was eine Stasi-Akte ist. Das ist gut so, denn es ist nötig, Menschen die Augen für geschehenes Unrecht zu öffnen und Empathie zu ermöglichen. Doch es steckt auch ein Risiko in dieser Herangehensweise. So lange Menschen nämlich der Meinung sind, dass eine Diktatur nur denjenigen wehtut, die überwacht werden oder in Gefängnissen sitzen, haben sie den prinzipiellen Unterschied zwischen Demokratien und Diktaturen noch nicht verstanden.

Die SED-Diktatur war mehr als Stasi, Mauer und Gefängnis, sie durchdrang den Alltag und beeinträchtigte und beschädigte das Leben aller Menschen in der DDR. Erinnerungskultur schließt deshalb das Gespräch über die alltäglichen Erfahrungen ein: über die Bevormundung und Gängelung, darüber, dass es in der DDR weder eine unabhängige Justiz noch freie Medien gab, dass Kinder zum Lügen erzogen wurden und Erwachsene anstelle freier Wahlen fertige ausgefüllte Zettel zu falten und in Kisten zu stecken hatten.

Natürlich ist zu hoffen, dass möglichst viele Jugendliche und natürlich auch Erwachsene Gelegenheit haben, sich mit diesem Thema zu beschäftigen, dass sie lernen, was Diktaturen und autoritäre Systeme von einer freiheitlich organisierten Gesellschaft unterscheidet. Der Beweis, dass dieses Wissen widerstandsfähig gegen zerstörerische Hass-Propaganda und das politische Geschäft mit der Angst macht, ist freilich noch nicht erbracht. Zu vielfältig und teilweise auch noch unbekannt sind die politischen, sozialen, moralischen und seelischen Bedingungen, die Menschen dafür anfällig machen. Umso wichtiger ist deshalb, dass dieser zerstörerischen Kraft Widerstand entgegengesetzt wird: von uns allen natürlich, aber insbesondere von jenen, die in besonderer Verantwortung stehen: den Lehrkräften, Journalisten, Politikern, Künstlern, Sportlern, den Vorgesetzten, den Verwaltungsangestellten und auch den Busfahrern. Sie dürfen es angesichts von Gewalt, Hass und Lügen nicht beim Entsetzen bewenden lassen, sondern müssen die richtigen Worte finden. Worte, die Werte erkennen lassen und Grenzen setzen.

Aber lassen Sie uns nun den Blick weiten und auf Europa schauen: Vor mehr als einem Vierteljahrhundert wurde ein neues Kapitel im Buch der europäischen Geschichte aufgeschlagen. Der Sturz der kommunistischen Herrschaft im Ostblock war ein historisches Ereignis. Das Leben von Millionen Menschen in Europa wurde auf den Kopf oder besser: wieder auf die Füße gestellt. Für einen kurzen Moment der Geschichte schien uns, den Europäern, die Welt in Ordnung.

Das scheint lange her. Heute ist Europa, die große Hoffnung der Jahrtausendwende, tagtäglich Gegenstand sorgenvoller bis alarmierender Analysen und Kommentare. Verunsicherung und Ängste beherrschen Teile der öffentlichen Debatte. Fremdenfeindlichkeit, Abgrenzung und Hass sind nicht mehr nur Sache der Stammtische, sondern sickern in den bürgerlichen Diskurs ein. Nicht wenige Politiker tragen dazu bei: entweder, indem sie opportunistisch dem dumpfen Grollen folgen, anstatt ihm mit klarer Haltung zu begegnen, oder als Akteure, die mit deutlich antieuropäischen und nationalistischen Tönen, mit der Missachtung von Minderheiten oder der Einschränkung von Pressefreiheit unsere offenen Gesellschaften untergraben. Unsere europäischen Grundwerte Freiheit und Demokratie scheinen in die Defensive zu geraten.

Es wirkt auf den ersten Blick paradox, dass auch einige Länder des früheren Ostblocks anfällig für Nationalismus und Fremdenfeindlichkeit zu sein scheinen. Müssten nicht gerade jene Gesellschaften, die jahrzehntelang Diktaturen erlitten hatten, zu glühenden Anhängern von Freiheit und Demokratie geworden sein?

Angesichts der europakritischen und ultrakonservativen Entwicklung vor allem in Ungarn und Polen, angesichts der Wahlerfolge rechtspopulistischer Parteien und angesichts der deprimierenden Ergebnisse aller bisherigen Versuche, eine tragfähige gesamteuropäische Antwort auf das Flüchtlingsdrama zu finden, muten die Erinnerungen an die Freiheitsrevolutionen im kommunistisch beherrschten Teil Europas im Jahr 1989 allerdings fast wie Nachrichten aus einer untergegangenen Welt an. Umso wichtiger ist die Erinnerung.

In den von Naziherrschaft und Krieg geschwächten Ländern hatten vier Dekaden kommunistischer Diktatur verheerende Folgen. Für die Gesellschaften, für Wirtschaft und Kultur und für zahllose Menschen, die als politische Gegner verfolgt wurden oder ihr Leben einfach nur deswegen lassen mussten, weil sie den Machthabern im Wege waren.

Neben den offensichtlichen Folgen autoritärer Herrschaft, Unterdrückung und Misswirtschaft gibt es auch weniger sichtbare, aber dafür lang wirkende Schäden: Jahrzehntelang in abgeschotteten Systemen zu leben, in denen nicht Gleichheit, sondern Gleichmacherei regierte, in denen selbstbewusste Bürgerlichkeit, Eigenverantwortung und Eigensinn als verdächtig galten und verfolgt wurden, in denen die Begegnung mit anderen Kulturen, Religionen und Überzeugungen eine seltene Ausnahme und ein Privileg war – das beschädigt nicht nur Individuen, sondern auch eine Gesellschaft als Ganzes. Und es wirkt bis heute nach. Es wäre naiv zu glauben, dass die Folgen jahrzehntelanger Isolation und Indoktrination mit einem Systemwechsel abgeschüttelt werden könnten wie ein alter Mantel.

Sich mit diesem Thema zu beschäftigen, ist am schwersten. Zumeist richtet sich die Aufmerksamkeit entweder auf die Opfer der Diktatur oder auf die Verantwortlichen und die Täter. Das Leben der Bevölkerungsmehrheit und der Alltag einer Diktatur, die Anpassungszwänge, das Schweigen, der alltägliche Verrat an Mitmenschen und an den eigenen Überzeugungen, das Misstrauen – darüber wird kaum gesprochen, kaum in den Schulen, schon gar nicht am Abendbrottisch in der Familie.

Dabei ist es doch von allergrößtem Interesse zu untersuchen, wie eine lebendige Gesellschaft allmählich erstarrt und wie Menschen zu Untertanen werden. Woher sollen danach denn die selbstbewussten, starken Bürgerinnen und Bürger einer Gesellschaft kommen, die stolzen Citoyens, die ihre Freiheit wertschätzen und bereit sind, sie gegen die Zumutungen mancher Politiker zu verteidigen?

Doch es gibt zum Glück noch eine andere Tradition. Die Zeit kommunistischer Herrschaft und Fremdherrschaft in Europa war nicht nur von Unterdrückung, Gewalt und Untertanengeist gekennzeichnet, sondern auch vom Widerstand und von der Sehnsucht nach Freiheit und Selbstbestimmung. Immer wieder standen Menschen gegen Diktaturen auf – und immer wieder wurde ihr Protest blutig niedergeschlagen: nicht nur 1953 in der DDR, 1956 in Ungarn und 1968 in der Tschechoslowakei. Viele dieser Aufstände finden sich in keinem Geschichtsbuch. Und das, obwohl die antikommunistischen Freiheitsbewegungen zum Besten gehören, was die europäische Freiheitsgeschichte des 20. Jahrhunderts aufzubieten hat. Sie stehen in der jahrhundertalten europäischen Tradition des Humanismus, der Aufklärung und der Menschenrechte, die in Krakau und Prag ebenso lebendig und wirksam war wie in Wien oder Amsterdam. Die heute oft als westlich apostrophierten Werte haben in einer historischen Perspektive gesamteuropäische Wurzeln.

Die vier Jahrzehnte kommunistischer Herrschaft, ihre Begleiterscheinungen und ihre Folgen werden in Westeuropa zumeist ebenso unterschätzt wie der freiheitliche Widerstand dagegen. Spätestens mit der Ost-Erweiterung der Europäischen Union ist die Notwendigkeit sichtbar geworden, das in Westeuropa dominierende Geschichtsbild zu erweitern – mit dem Ziel einer umfassenderen Sicht auf die europäische Geschichte des 20. Jahrhunderts.

Das würde auch dem Missbrauch der Geschichte entgegenwirken. Die Mächtigen aller Zeiten wussten und wissen nämlich genau, welche Wirkungskraft Geschichte hat und wie sie zum eigenen Nutzen verbogen und gefälscht werden kann. Die verbreitete Neigung zum gnädigen Vergessen oder auch das von oben erzwungene große Schweigen ermöglicht überhaupt erst die Manipulation der Vergangenheit. Auf welche Ereignisse in der Vergangenheit sich eine Gesellschaft bezieht, wie sie bewertet werden, mit welchen Begrifflichkeiten eine Epoche in das kollektive Gedächtnis eingeht – all das ist unverzichtbarer Bestandteil von Machtpolitik in autoritären Systemen. Wir können das u.a. gerade sehr eindrucksvoll am Beispiel Russlands erleben: Die europäischen Freiheitsrevolutionen von 1989 werden dort ganz anders gesehen als bei uns: als der Anfang vom Ende der Sowjetunion und damit als Niederlage, als Demütigung. Stalin wird wieder zum großen Staatsmann, der Traum von der Weltmacht ist keineswegs ausgeübt.

Die Vergangenheit zu verleugnen heißt auch immer, sich selbst zu verleugnen. Echtes Selbstbewusstsein schließt immer auch die eigene Geschichte ein. Das gilt für Individuen ebenso wie für Gesellschaften. Selbstbewusst und glaubwürdig für die Freiheit einzutreten und demokratische Tugenden und demokratisches Verhalten fördern zu wollen, setzt stets voraus, sich auch aufrichtig der eigenen Vergangenheit zu stellen.

Auf der europäischen Ebene hat es eine Weile gedauert, bis eine Debatte zum Umgang mit den kommunistischen Diktaturen in Gang kam. Vorreiter war Mitte der 1990er-Jahre der Europarat mit einer EntschlieÙung, in der vor allem die von den Regimen verübten Menschenrechtsverletzungen und schweren Verbrechen verurteilt werden.

Das Europäische Parlament hat etwas länger gebraucht. Es ist der tschechischen Ratspräsidentschaft als Verdienst anzurechnen, dass das Europäische Parlament am 2. April 2009 eine Resolution „Zum Gewissen Europas und zum Totalitarismus“ verabschiedet hat. Dieser Resolution folgend wurde im Oktober 2011 die Gründungsurkunde für ein neues europäisches Aufarbeitungsprojekt mit Sitz in Prag unterzeichnet. Der „Plattform des Europäischen Gedenkens und Gewissens“ gehörten zum Zeitpunkt ihrer Gründung 20 Institutionen aus 13 Ländern an, heute sind es 51 Institutionen. Ziel der Plattform ist es, die Zusammenarbeit von Regierungs- und Nichtregierungsorganisationen bei der Aufarbeitung von Nationalsozialismus, Kommunismus und anderer Ideologien zu erleichtern.

In derselben EntschlieÙung wurde der 23. August, also der Jahrestag des Hitler-Stalin-Paktes (Molotow-Ribbentrop-Pakt), als europaweiter Gedenktag für die Opfer aller totalitären und autoritären Diktaturen im Europa im 20. Jahrhundert ausgerufen. Wahrnehmbar begangen wird dieser Tag allerdings bisher fast nur in jenen Ländern, die einst unmittelbar von der Aufteilung Europas zwischen Deutschland und der Sowjetunion betroffen waren, also vor allem von den baltischen Staaten, Bulgarien, Kroatien, Polen, Ungarn und Slowenien.

In mehreren Staaten des früheren Ostblocks wurden – gegen den Widerstand einflussreicher Kreise – Institutionen gegründet, die sich der Auseinandersetzung mit dem Erbe der kommu-

nistischen Geheimpolizeien widmen. Sie haben sich im Jahre 2008 in einem Netzwerk zusammengeschlossen, um enger zusammenzuarbeiten: Ein naheliegendes Ziel, denn die kommunistischen Geheimdienste haben seinerzeit unter der Regie des KGB eng kooperiert.

Doch es gab im Europa des 20. Jahrhunderts jenseits der nationalsozialistischen und der kommunistischen Diktaturen auch noch andere gewalttätige Regime – in Griechenland, Portugal und Spanien. Auch hier zeigt sich, dass es manchmal Jahrzehnte dauert, bis die Tatsachen ans Licht kommen. Nach dem Ende der fast 40-jährigen Franco-Diktatur zum Beispiel wurde 1975 eine Amnestie für Verbrechen beschlossen, die über 30 Jahre wie ein Stillhalteabkommen wirkte. Kaum jemand wagte, an dieser Zeit zu rühren.

Erst vor wenigen Jahren begannen kleine Gruppen von Menschen damit, nach den Massengräbern zu suchen, in denen sie ihre Angehörigen vermuteten, und der mutige Richter Baltasar Garzon, der schon den chilenischen Diktator Pinochet verhaften ließ, ermittelte seit 2008 zu Verbrechen während des Spanischen Bürgerkriegs und der Diktatur Francos. Doch als er Nachforschungen über den Verbleib von etwa 114.000 verschwundenen Franco-Gegnern und mindestens 30.000 verschleppten Kindern von Oppositionellen anstellte, wurde er im eigenen Land wegen Rechtsbeugung angeklagt und kaltgestellt. Diesmal wollten viele das Schweigen nicht hinnehmen – Zehntausende protestierten, stellten sich hinter Garzon und forderten Wahrheit und Gerechtigkeit.

Seit ungefähr 15 Jahren hat der internationale Diskurs zum Umgang mit Diktaturfolgen an Intensität zugenommen. In meiner Zeit als Bundesbeauftragte für die Stasi-Unterlagen habe ich von Jahr zu Jahr mehr Gäste aus aller Welt empfangen, die gekommen waren, um sich über unsere Arbeit zu informieren. Auch die Zahl der Einladungen zu Veranstaltungen und Kongressen nahm zu, bei denen es darum ging, Erfahrungen von postautoritären Gesellschaften auszutauschen. Natürlich sind dies Erfahrungen hinsichtlich des erlittenen Leidens und die Zahl der zu beklagenden Opfer ist dramatisch verschieden. Und doch konzentrierten sich die Diskussionen letztendlich immer auf wenige Fragen:

Was brauchen die Opfer? Wie gehen wir mit den Tätern um? Wie werden Fakten gesichert? Gibt es Zugang zu den Archiven? Und was lässt sich tun, um wieder zu einer zivilen, freien Gesellschaft zurückzukehren?

Nicht selten stellte sich heraus, dass allein schon die Existenz von Aufarbeitungsinstitutionen in Deutschland und den anderen osteuropäischen Ländern geeignet war, jenen Gruppen den Rücken zu stärken, die sich in ihren Ländern gegen große, oft auch gefährliche Widerstände für die Offenlegung der Vergangenheit einsetzen.

„Jedes Volk hat sein eigenes 20. Jahrhundert“ las ich vor einiger Zeit in einem Aufruf von Memorial, in dem dazu ermutigt wurde, respektvoll mit den verschiedenen, ja gegensätzlichen Erfahrungen umzugehen.

Für diesen Appell gibt es gute Gründe, denn viele Traumata wirken bis heute fort – als Ressentiments, als Scham, als Aggressivität, als Wunsch nach Genugtuung. Wie sollen Menschen, die sich einst als Feinde in einem Krieg oder Bürgerkrieg gegenüberstanden, zu einem gemeinsamen Geschichtsbild gelangen? Wir sind gut beraten, diesbezüglich nur bescheidene Erwartungen zu haben. Aber oft ist allein schon die Tatsache, dass Menschen einander zuhören und sich respektieren, ein gewaltiger Schritt.

Als das europäische Parlament die vorhin erwähnte „Plattform des Europäischen Gedenkens und Gewissens“ beschloss, gab es auch Widerstand, nicht zuletzt in Deutschland: Ist es legitim, von den nationalsozialistischen und den kommunistischen Verbrechen in einem Atemzug zu sprechen? Ich meine, dass dies – bezogen auf Europa – möglich sein muss, ohne damit Gleichsetzungen vorzunehmen. Vielleicht ist es sogar notwendig.

Als am 10. April 2005 in Weimar an die Befreiung der Konzentrationslager vor 60 Jahren erinnert wurde, hielt der Spanier Jorge Semprun, ehemaliger Häftling im nahe gelegenen KZ Buchenwald, die Gedenkrede. Er reagierte bei dieser Gelegenheit auf die immer wieder auftretenden Konflikte in Gedenken an die nationalsozialistischen und kommunistischen Verbrechen – eine Frage, die beispielsweise in den baltischen Staaten sehr anders gesehen wird als in Deutschland. Aber Jorge Semprun dachte europäisch und wusste, wie viel für Europa davon abhängt, dass im europäischen Geschichtsbewusstsein jedes Unrecht seinen Platz beansprucht und Würdigung verdient. Ich zitiere:

„Der kürzlich erfolgte Beitritt von zehn neuen Ländern aus Mittel- und Osteuropa – dem anderen Europa, das im sowjetischen Totalitarismus gefangen war – kann kulturell und existentiell erst dann wirksam erfolgen, wenn wir unsere Erinnerungen miteinander geteilt und vereinigt haben werden.

Hoffen wir, dass bei der nächsten Gedenkfeier in zehn Jahren, 2015, die Erfahrung des Gulags in unser kollektives europäisches Gedächtnis eingegliedert worden ist. Hoffen wir, dass neben die Bücher von Primo Levi, Imre Kertész oder David Rousset auch die ‚Erzählungen aus Kolyma‘ von Warlam Schalamow gerückt wurden.“

Die Hoffnung Sempruns hat sich bisher nicht erfüllt. In diesem Jahr, 2017, jährt sich das Epochenjahr 1917 zum hundertsten Mal. 100 Jahre Kommunismus: Anlass genug, mit dem Blick nicht nur auf einzelne Länder, sondern auf ganz Europa, zu bilanzieren, welche verheerende Katastrophe das kommunistische Experiment war, das vor 100 Jahren seinen Anfang nahm, und wie viel Millionen Menschenleben es gekostet hat.

Die Diskussionen um Europas Zukunft sind heute allgegenwärtig. Die Probleme und Herausforderungen, die im heutigen Europa auf eine Lösung warten, erscheinen erdrückend. Immer wieder zeigt sich, dass es insbesondere in Krisensituationen schwer ist, innerhalb der Europäischen Union zu einer gemeinsamen Haltung zu gelangen – in der internationalen Finanzkrise ebenso wie in der Debatte um die griechische Schuldenkrise, in der Haltung gegenüber Russland nach der Annexion der Krim und ganz aktuell in der Flüchtlingsfrage.

Nationale, nationalistische oder manchmal auch nur persönliche Machtinteressen stehen dem Versuch entgegen, gemeinsam und entschieden zur Lösung der großen Gegenwartsfragen beizutragen. Dafür gibt es viele Gründe, einer davon mag sein, dass Europa am Ende doch nur als eine gemeinsame Wirtschafts- und Finanzregion angesehen wird und weniger als eine Wertegemeinschaft.

Und damit wird der Zusammenhang zu dem vorhin Gesagten überdeutlich: Weil ein gemeinsames Wertefundament – Freiheit, Demokratie, Solidarität, Rechtsstaatlichkeit, Gleichheit und Unverletzlichkeit der Würde eines jeden Menschen – für eine humane europäische Zukunft so wichtig ist, können wir es uns nicht leisten, auf die Vergangenheit zu verzichten.

In der Geschichte der europäischen Freiheitsbewegungen des 20. Jahrhunderts spiegeln sich die Sehnsucht der Menschen nach Freiheit ebenso wie der Mut und die Beharrlichkeit, mit der sie

darum gekämpft haben. Wenn Europa in dieser Geschichte sein wertvollstes Erbe sähe, dem gegenüber wir auch künftig verpflichtet sind, müssten wir uns um die freiheitliche Grundausstattung Europas etwas weniger Sorgen machen.

Immerhin haben die bedrohlichen Entwicklungen der letzten Zeit auch etwas Gutes: Die scheinbare Selbstverständlichkeit eines Lebens in Freiheit und Demokratie ist infrage gestellt. Immer mehr Menschen wird bewusst, dass wir etwas Wertvolles zu verteidigen haben: die wunderbare, aber eben auch verletzbare freiheitliche Verfasstheit nicht nur Deutschlands, sondern auch Europas. Und sie haben angefangen, dieses freiheitliche Europa öffentlich zu verteidigen. In vielen Städten gehen seit einigen Wochen sonntags nachmittags Menschen auf die Straßen, schwenken Europafahnen, hören einander zu und singen am Ende die europäische Hymne.

Die Jüngeren unter ihnen werden in ein paar Jahren als nächste Generation europäischer Demokratinnen und Demokraten viel Verantwortung tragen und eine Menge zu leisten haben. Dabei werden sie auch Rückschläge erleben und Ermutigung und Rückenstärkung brauchen. Ich bin davon überzeugt, dass ihnen die Besinnung auf unsere Geschichte und insbesondere auf die europäischen Freiheitsbewegungen nicht nur des 20. Jahrhunderts helfen kann. Es wird kommende Generationen starkmachen, sich in der Tradition derer zu sehen, die sich vor ihnen für Freiheit und Demokratie eingesetzt haben.

In meinen Augen ist das Grund genug, Erinnerung lebendig zu erhalten und zu vermitteln. Es ist meine Antwort auf das WARUM, von dem eingangs die Rede war.



Dank an Marianne Birthler

An Verfolgung erinnern und Einsichten weitergeben – Aktionen und Projekte



Referat Stefan Krikowski

Stefan Krikowski
workuta.de

Die Bedeutung von Zeitzeugen, historischen Dokumenten und Denkmälern für die Erinnerungskultur steht im Mittelpunkt des 21. Bundeskongresses der Landesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen und zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur sowie der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur mit den Verfolgtenverbänden und Aufarbeitungsinitiativen, der vom 28. bis 30. April in Magdeburg stattfindet.

Begrüßung – Als Vorwort

Er war so Anfang 20, Student, fünftes Semester, weiß Gott ein netter, intelligenter Junge, doch was im Juni 1953 in Deutschland geschah – keine Ahnung. Prager Frühling? Nie davon gehört und von Chruschtschows Geheimrede auf dem 20. Parteitag der KPdSU natürlich auch nicht. KPdSU, welch wunderliches Kürzel, und überhaupt schien er wenig interessiert an Dingen, die Jahrzehnte zurückliegen. Er, so ließ er mich wissen, er und seine Generation hätten andere Sorgen. Und selten ist mir so klar geworden, dass wir mit unserer Vergangenheit in Gefängnissen und Lagern und mit all den schrecklichen Dingen, die unser Leben geprägt haben, dass wir damit so ziemlich alleine stehen.

Horst Schüler, in der Ausgabe vom Stacheldraht vom März 2014.

Warum nun diese Workuta-Website (www.workuta.de)?

1. Damit jene mittlerweile 43 Zeitzeugen stellvertretend gewürdigt und geehrt werden. Mein Respekt und meine Hochachtung gelten allen Zeitzeugen. Sie haben sich nochmals diesem schweren und dunklen Kapitel ihrer Vergangenheit gestellt und ihre Verhaftung und Haftzeit betreffende Dokumente einer breiten Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt. Hierfür sei ihnen nochmals ganz herzlich gedankt.
2. Damit deren Fotos und Dokumente für die Nachwelt festgehalten werden. Und ich sage Ihnen, wir haben hier Schätze in unserer Dokumentengalerie!
3. Für eine Wissensvermittlung und Aufklärung über die Verbrechen des Kommunismus in der SBZ und frühen DDR, damit jener eingangs von Herrn Schüler zitierte Student seine Lücken im Geschichtswissen schließen kann.

Die Startseite

Die Startseite zeigt eine Aufnahme aus dem Jahr 1956 von Stanisław Kiałka. Polnische Häftlinge haben für ihre toten Kameraden Kreuze auf einen Friedhof aufgestellt. Im Hintergrund die Schächte 9 und 10.

Das Foto ist unterteilt in neun Themenfelder o.a.

WÜRFEL 1: Die vergessenen Opfer des Kommunismus

WÜRFEL 2: Das Projekt Workuta.de

Jeder Würfel hat ein Thema. Würfel 2 hat das Thema: Der Kampf des Menschen gegen die Macht ist der Kampf des Gedächtnisses gegen das Vergessen. Dieses Zitat stammt von Milan Kundera aus „Das Buch vom Lachen und Vergessen“, 2014.

Von der Einzelaufnahme – Workuta – geht es zur Gesamtsicht. Wenn alle neun Würfel gelesen sind, zeigt sich der gesamte Archipel Gulag.

Die größte Anzahl der in der SBZ/DDR von Sowjetischen Militärtribunalen verurteilten deutschen politischen Häftlinge, die in die Sowjetunion verschleppt wurden, kam nach Workuta. 120 Kilometer nördlich des Polarkreises gelegen, im klimatisch unwirtlichen äußersten Norden des noch europäischen Teils der Sowjetunion.

Anfang der 1930er-Jahre entstand dort, nachdem reiche Steinkohlevorkommen entdeckt worden waren, eine der größten Strafregionen des Gulags: WORKUTA.

Wen haben wir porträtiert?

Deutsche, die im Zeitraum von Mai 1945 bis 1953 in der SBZ/DDR verhaftet und dort von einem sowjetischen Militärtribunal nach russischem Strafrecht (Art. 58) zu langjährigen Strafen im sowjetischen Gulag verurteilt wurden.

Die Porträtierten sind somit p o l i t i s c h e Häftlinge und keine Kriegsgefangenen.

Biografien

Am Beispiel von Anita Wille möchte ich Ihnen den Aufbau einer Biografie erklären, die aus insgesamt fünf Kapiteln bestehen kann: Lebenslauf, Biografisches, Dokumentengalerie, Veröffentlichungen, Links.

Auf workuta.de werden Menschen porträtiert, die den Gulag überlebt haben. In der Regel wurden sie gemeinsam in einer Gruppe von einem Sowjetischen Militärtribunal verurteilt. Wenn möglich nennen wir die Namen der zum Tode Verurteilten und in Moskau Hingerichteten, so zum Beispiel in der Biografie von Peter Eberle, der gemeinsam mit Herbert Belter verurteilt wurde:

Die Mitglieder der sog. Belter-Gruppe werden nach den Artikeln 58–10 Abs. 2 und 58–11 verurteilt. Drei Mitglieder werden zusätzlich nach Artikel 58–6 verurteilt. H e r b e r t B e l t e r wird zum Tod durch Erschießen verurteilt und am 28. April 1951 im Moskauer Butyrka-Gefängnis hingerichtet (Quelle: „Erschossen in Moskau ...“). Die neun anderen Angeklagten erhalten zusammen eine Strafe von 285 Jahren „Freiheitsentzug“ in einem Besserungs- und Arbeitslager der SU. P e t e r E b e r l e wird zu 25 Jahren verurteilt.

Biografisches

Das Biografische kann ein kurzer oder auch längerer Text sein. Die Themen variieren stark. Manch einer berichtet von der Verhaftung oder der Zeit im Gefängnis bis zur Urteilsverkündung. Andere berichten vom Moment der Urteilsverkündung. Wieder andere berichten vom Transport nach Workuta, der üblicherweise mehrere Monate dauerte, oder vom Überleben im Arbeitslager bei klimatisch unwirklichen Temperaturen.

Und manche berichten vom Leben nach der Rückkehr. In einer Biografie berichten die Kinder, wie die Haft ihres Vaters sich auch auf ihr Leben ausgewirkt hat.

Dokumentengalerie

Von Anita Wille haben wir folgende Dokumente veröffentlichen können:

Haftfoto von Anita Wille, Gefängnis „Roter Ochse“ in Halle/Saale, Mai 1951. Handschriftlich hat Anita Wille auf der Rückseite geschrieben: „Im Arbeitslager Workuta, im nördlichen Eismeer, 1953: Wir legen eine Eisenbahnlinie in der Tundra zum Ural. Haftzeit: 10.4.1951–15.10.1955.“ Rehabilitation: Bescheinigung der Generalstaatsanwaltschaft der Russischen Föderation vom 4. Oktober 1999 über die Rehabilitation Anita Willes (Russisch und Deutsch).

In den Dokumentengalerien finden Sie Dokumente zu verschiedensten Themen. Dokumente zum Themenkomplex Haftbeschluss sind z.B. in der Biografie von Johannes Krikowski zu finden, die zeigen die fehlende Rechtstaatlichkeit der DDR, weil hierin der Straftatbestand der Spionage nicht weiter geprüft, sondern bereits als erwiesen festgestellt wird: „K. wurde als Agent entlarvt ...“.

Dokumente zum Themenkomplex Transport finden Sie in den Biografien von Joachim Giesicke, Edgar Haack, Werner Höpfner oder Ulrich Schmidt.

Veröffentlichungen

Auf www.workuta.de zeugen über 370 D o k u m e n t e vom staatlich verordneten Unrecht, von Überlebenswillen, von Verzweiflung und von Mut. Es sind wahre Schätze.

Was weiter veröffentlicht wurde, finden Sie unter der Rubrik „Veröffentlichungen“.

Links

Zeugnisse in Ton und Bild erzeugen noch einen ganz anderen Eindruck.

Warum „Portal“?

Unter der alphabetischen Leiste ...

- 43 ausführliche Biografien (gekennzeichnet durch eine blaue Schrift)
- 56 Kurzbiografien
- 67 Verweise auf andere Websites (www.gulag.memorial.de, www.von-potsdam-nach-workuta.de/, u.a.):

Auf www.workuta.de sind insgesamt 166 Namen festgehalten. Zusätzlich zu den 43 ausführlichen Biografien sind 56 Namen festgehalten, von denen nur einzelne Eckdaten auf der alten Website der UOKG (Union der Opfer Kommunistischer Gewaltherrschaft) festgehalten wurden.

Zeitzeugen

Auf www.workuta.de kommen 43 Zeitzeugen ausführlich zu Wort. Theodor Desens berichtet: „Ich wurde am 25. Juni 1951 mit neun Männern ohne jede Möglichkeit der Verteidigung verurteilt. Die Urteile lauteten viermal Tod und viermal 25 Jahre und zweimal 10 Jahre Zwangsarbeit, Verbüßung in der Sowjetunion. Unsere Verbrechen: Besitz von westlichen Zeitungen, anti-sowjetische Propaganda und Ablehnung der Kollektivierung. Die ganze Gerichtsverhandlung dauerte ca. 20 Minuten. Als die Zellentür hinter mir zufiel, brach ich fast zusammen, ich war 21 Jahre! Plus 25 Jahre waren 46, mein Gott, wofür?“

Manch ein Zeitzeuge hinterlässt nur wenig Spuren ...

Eine Verlinkung auf andere Websites ist uns wichtig.

Im Uralschnee

Durchdrungen von Schweiß,
die Seele zerrissen, wie schartenschwielige Hände, verräuchert von Qualm der Nachtschichten
und der in ihnen gehauenen Kohlebrocken, stinkend nach Pulver und Urin, verfluchend die Planke, an die ich gekrallt der Purga zu widerstehen versuche, zerfressen und ausgelaugt vom Todesurteil streift mich ein Flügel,
dass ich einen Lidschlag lang
vom Kuss träume und dem Duft einer Frau.

Unschuldiger Uralschnee, von unserem Kot
und unserer Asche verdreckt,
Du, Schnee
um den neunundzwanzigsten Schacht der Straflager von Workuta.

Quelle: Schüppel, Hem: Zeichen, geritzt an die Wände der Zeit. Impressionen meiner Welt in vier Aspekten.
J. G. Bläschke Verlag, Darmstadt 1978

Detlev von Dechend und Dr. Frank Hoffmann

Demokratiebewusstsein fördern. Das VOS-Zeitzeugenprojekt in Nordrhein-Westfalen



Referat Detlev von Dechend und Dr. Frank Hoffmann (v. l.)

Der Landesverband Nordrhein-Westfalen der Vereinigung der Opfer des Stalinismus e. V. (VOS) initiierte im Jahre 2008 die Bildung einer Zeitzeugengruppe. In relativ kurzer Zeit konnte diese Idee in die Praxis umgesetzt werden: Seit der ersten Veranstaltung im Düsseldorfer Cecilien-Gymnasium im Dezember 2008 konnten „tief im Westen“ annähernd 300 öffentliche Zeitzeugengespräche veranstaltet werden.

Leitender Gedanke ist es, an Schulen und anderen Bildungseinrichtungen in Nordrhein-Westfalen durch die Auseinandersetzung mit der SED-Diktatur einen nachhaltigen Beitrag zur Demokratieerziehung zu leisten. Dazu wird möglichst anschaulich und mit lebensgeschichtlicher Beglaubigung über Entwicklungsetappen und vielfältige Elemente der DDR berichtet – von der politischen Justiz, dem Stasi-Apparat und dem Widerstand Einzelner oder von Gruppen über das politische und wirtschaftliche System bis hin zu Alltag, Freizeit und Jugendkultur. Gerade auch mit diesen eher „weichen“ Themen treffen die Zeitzeugen genau das Interesse ihrer jungen Zuhörerinnen und Zuhörer. In vielen Fragen und Kommentaren der Jugendlichen geht es darum, wie man die Diktatur im ganz „normalen“ Leben spüren konnte. Aber natürlich beeindruckten sie auch die oft tückischen Maßnahmen des Ministeriums für Staatssicherheit und schlimmen Erfahrungen der Zeitzeugen bei Verhören oder während ihrer politischen Haft. Denn nicht alle, aber doch die überwiegende Mehrheit der Gruppenmitglieder ist mit dem SED-Staat auf diese schärfste Form zusammengestoßen, oft nach einem Fluchtversuch, aber auch nach anderen Formen der Widerständigkeit gegen die Diktatur.

Hintergrund der Initiative von 2008 waren einerseits aktuelle Debatten über die immer geringere Fähigkeit gerade auch westdeutscher Schülerinnen und Schüler, klar zwischen Demokratie und Diktatur zu differenzieren. Andererseits wollte die VOS mit der Zeitzeugenarbeit auch ein Zeichen setzen gegen eine seit längerer Zeit um sich greifende Verharmlosung des SED-Staats, wie sie etwa mit dem Stichwort „kommode Diktatur“ (Günter Grass) oder im Rahmen der Ostalgie-Welle zu konstatieren war. Die Idee ging namentlich vom VOS-Landesvorsitzenden Detlev von Dechend und von Herbert Kühn aus, die ihr Engagement in die Tradition von Maximen stellten, wie sie seit der Gründung der VOS im Jahre 1950 diesen ältesten Verband von Opfern der kommunistischen Gewaltherrschaft bestimmen: die politische Anerkennung für erlittenes

Unrecht, der Kampf für Freiheit und Demokratie sowie die Aufklärung über die kommunistische Diktatur. Nachdem mit der Einheit Deutschlands ein langjähriges Leitziel der VOS erfolgreich gelungen war, sollte im demokratischen Gemeinwesen für die junge Generation der Wert der Freiheit verlebendigt werden.

Für den guten Erfolg war gerade in der Startphase hilfreich, dass im Jahr 2009 der 20. Jahrestag der Friedlichen Revolution das Interesse an der SED-Aufarbeitung nochmals deutlich vermehrte. Die Kultusminister hatten bei ihrer Stralsunder Konferenz im März 2009 ausdrücklich auch für Westdeutschland die Auseinandersetzung mit der SED-Diktatur als Element zur „Stärkung der Demokratieerziehung“ gefordert und dabei, noch etwas vorsichtig, zur Einbeziehung von Zeitzeugen ermutigt. 2014, passend zum 25. Jahrestag von Revolution und Vereinigung, unterstrich die Kultusministerkonferenz (KMK) in ihren Empfehlungen zur Erinnerungskultur unter dem Titel „Erinnern für die Zukunft“ diesen Gedanken noch stärker: Die regelmäßige Kooperation mit außerschulischen Partnern wie Zeitzeuginnen und Zeitzeugen sei für vertieftes Lernen über die Diktatur besonders nützlich. Da NRW naturgemäß keine eigenen Gedenkstätten und Erinnerungsorte zur DDR-Geschichte besitzen kann, waren und sind hier Zeitzeugen besonders wichtig. Die Landeszentrale für politische Bildung, die das Projekt in der ersten Pilotphase (2008/09) sowie nochmals für eine spezielle Vertiefung (2013/14) gefördert hat, griff hier den Kultusministern erfreulicherweise vorweg. Doch es ist vor allem der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur zu verdanken, dass sich die Zeitzeugenarbeit in NRW kontinuierlich entfalten konnte. Seit 2009 (und noch mindestens bis 2018) ermöglicht sie das Projekt durch eine ebenso großzügige wie hilfreich begleitete Förderung.

Die VOS-Zeitzeugengruppe von anfangs ca. 15 Mitgliedern wuchs rasch auf zeitweilig über 20 Damen und Herren. Einige von ihnen brachten langjährige Erfahrungen in der Zeitzeugenarbeit mit, auch durch Lesungen und Medienauftritte im Zusammenhang mit Publikationen. Die Mehrheit hat sich die neue Rolle aber aufgeschlossen und engagiert erarbeitet, um die Leitidee – durch Erinnerung an die Diktatur für die Demokratie der Bundesrepublik einzustehen – persönlich mitzugestalten. Dabei ist vorteilhaft, dass die Gruppe ein relativ breites Altersspektrum aufweist und aus Personen besteht, die über sehr unterschiedliche Zeiträume der kommunistischen Machtentfaltung in Ostdeutschland berichten können: von den späten 1940er-Jahren bis in die Zeit kurz vor dem Mauerfall. Doch dabei ist weder die Mitgliedschaft in der VOS noch eine andere formale „Qualifikation“ für die Mitwirkung in der Gruppe ausschlaggebend. Wichtig sind indes die regelmäßigen Reflexionsseminare, in denen die Erfahrungen in den Schulen diskutiert werden, auch um über immer neue Formate kreativ nachzudenken. Dieser Austausch ist ein unverzichtbares Element, ja er konstituiert die VOS-Arbeit zu allererst als eigenständige Zeitzeugengruppe, auch wenn bei Detlef von Dechend als verantwortlichem Projektleiter, unterstützt zunächst von Herbert Kühn und jetzt von Christoph Becke, die umfangreiche Managementarbeit verbleibt.

Neben der Selbstorganisation als Gruppe von Akteuren, die einen zivilgesellschaftlichen Beitrag zur Erinnerungskultur leistet, ist ein weiteres Element für die Arbeit in NRW kennzeichnend: die gezielte Kooperation mit der Wissenschaft. Hier erweist sich, dass Zeitzeugen und Historiker sich nicht als „geborene Feinde“ gegenüberstehen, sondern bei gegenseitigem Respekt hervorragend kooperieren können. Partner der VOS-Gruppe ist bis heute das Institut für Deutschlandforschung der Ruhr-Universität Bochum. Das IDF hatte seit 1995 dem Thema der SED-Opfer in der Bundesrepublik immer wieder Aufmerksamkeit gezollt, sodass ein laufender Gesprächskontakt bestand. Gemeinsam mit den VOS-Akteuren konnte daher zügig eine Konzeption von

begleiteten und moderierten Zeitzeugengesprächen entwickelt werden, die Anschaulichkeit und Zuverlässigkeit der historischen Präsentation verband. Der wissenschaftliche Begleiter übernimmt nicht nur Service-Funktionen als Ansprechpartner für die Schulen bei der Planung, Vorbereitung und Gestaltung der Veranstaltungen sowie im Rahmen der Reflexionsseminare, sondern er unterstützt die Zeitzeugen auch individuell durch Impulse und Rückmeldungen bei der Vorbereitung und Auswertung der Gespräche in den Schulen. Gerade in der Phase nach einem Zeitzeugengespräch, das für viele SED-Opfer immer neu in der Konfrontation mit den erinnerten Ereignissen aufwühlend und verletzend sein kann, ist eine kommunikative Begleitung bei der weitergehenden, individuellen Auseinandersetzung mit der Lebensgeschichte wichtig. Wichtige Details und persönliche Erlebnisse hat der Mitverfasser Frank Hoffmann als langjähriger Begleiter des Projekts genau in diesen Nachgesprächen erfahren.

Wie sieht nun die praktische Arbeit der Zeitzeugen im Unterricht aus? Die organisatorischen und thematischen Möglichkeiten sind mindestens so mannigfaltig, wie es die zahlreichen Mitglieder der Gruppe sind. Ihre bzw. seine Persönlichkeit steht ganz im Zentrum. Die Zeitzeugin, der Zeitzeuge setzen die zentralen Akzente durch ihre lebensgeschichtlich organisierte Darstellung. Diese ist vor allem narrativ. Es wird erzählt, es entfaltet sich ein lebensgeschichtlicher Bogen, der die Neugier und die Fragen der Schüler hervorruft – und in aller Regel nach einem mehr oder weniger langen Überblick in einen munteren Dialog oder eine Diskussion mündet.

Doch bevor die Zeitzeugen in der Schule sind – wobei zumeist die straffen Lehr- und Stundenpläne nur einen Zeitraum von 90 Minuten, also die klassische Doppelstunde, zulassen – sind bereits viele Vorentscheidungen getroffen. Natürlich muss der erste Impuls aus der Schule kommen: die Anfrage nach einem (oder mehreren) Zeitzeugen für eine Unterrichtsveranstaltung. Viele Lehrer sind mehr am didaktischen „Format“ Zeitzeuge interessiert, als dass sie bei der Kontaktaufnahme schon sehr konkrete Wünsche zum Inhalt oder den Themen mitbringen, die behandelt werden sollen. Nicht selten steht ein Zeitzeugengespräch am Anfang oder auch am Ende einer thematischen Unterrichtsreihe zur DDR (oder zu übergreifenden Themen: Menschen- und Bürgerrechte; Erfahrung von politischem Unrecht; Diktatur vs. Demokratie; Plan vs. Markt usw.), sei es, um für das neue Thema zu motivieren, sei es, um nach einer längeren Befassung in der Lerngruppe einen neuen Akzent für eine zusammenfassende Diskussion zu setzen. Gemeinsam mit dem Begleiter wird überlegt, welcher Zeitzeuge gut zur Lerngruppe passt: Soll er/soll sie für die gesamte DDR sprechen oder geht es in der Klasse gerade um spezielle Zeitabschnitte wie Nachkriegszeit oder 1980er-Jahre? Gerne wählen wir Zeitzeugen aus der räumlichen Nähe der Schüler, vielleicht gar aus der eigenen Stadt. Der regionale Zeitzeuge macht in Westdeutschland sichtbar, dass die DDR gar kein so scheinbar „fernes“ Thema ist, sondern auch hierzulande viele Menschen persönlich betrifft. Und weiter: Wie lässt sich der Zeitzeugenbesuch vorbereiten? Braucht der Lehrer zusätzliches Material, didaktische Anregungen oder einfach einen Hinweis, wo beides – inzwischen in überreicher Menge – angeboten wird? Am wichtigsten ist die Ermutigung zur *Frage*, nach Möglichkeit sogar das Trainieren von Fragen. Dabei geht es nicht darum, eine möglichst umfangreiche Liste von – vielleicht gar nicht zur Geschichte des Gasts passenden – Problemen zu entwickeln, sondern die Sensibilität zu entwickeln, aus dem Zuhören ein kritisches, also *unterscheidendes* Fragen zu entwickeln. Vor allem im lebensgeschichtlichen Bericht, in dem der Gast zumeist einen Überblick von seinen Kinderjahren bis zum Verlassen der DDR gibt, können Fragen Impulse sein, markante biografische Knoten herauszuarbeiten und so das Gespräch voranzubringen. Man kann dabei lernen, wie aus der historischen Frage Impulse der Forschung erwachsen. Gelungen ist eine Zeit-

zeugenveranstaltung vor allem dann, wenn es zu einem lebendigen Austausch zwischen den Generationen kommt. Dabei ist manchmal der moderierende Begleiter, der die Lebensgeschichte des Zeitzeugen kennt, in der kritischen Pflicht, Hilfestellungen zu geben, wenn der Zeitzeuge den eigenen Lebensweg in möglichst vielen Details verästelt, gerade um auch den Schülern zu ihrem Recht zu verhelfen.

Auch wenn sich, nicht zuletzt aus Zeitgründen, das „kleine Format“ von *einem* Zeitzeugen in *einer* Lerngruppe als besonders geeignet erwiesen hat, um den Schülern einen möglichst unverkrampften und nahen Zugang zu dem Gast mit der schwierigen Lebensgeschichte zu eröffnen, werden auch andere Formen vielfältig gestaltet. Die Doppelveranstaltung mit zwei Zeitzeugen, die mitunter unterschiedliche Generationen, Erfahrungswelten oder auch Perspektiven auf die DDR repräsentieren, schafft weitere didaktisch nutzbare Spielräume, verlangt aber auch angesichts der Zeitfrage wechselseitige Rücksichtnahme. Auch Großveranstaltungen – also Podiumsgespräche etwa zu bestimmten Jahrestagen oder als Begleitung einer Ausstellungseröffnung – werden häufig mit sehr gutem Erfolg gestaltet, verlangen aber natürlich wiederum andere Moderationstechniken. Schließlich gehören auch Sonderformate zum Angebot der VOS-Zeitzeugengruppe. So sind wiederholt Veranstaltungen in Haftanstalten durchgeführt worden; verständlich, dass die Zeitzeugen mit eigener „Knast“-Erfahrung für die Inhaftierten besonders hohe Glaubwürdigkeit besitzen. Regelmäßig wird auch in Zentren für schulpraktische Lehrerbildung mit Referendarinnen und Referendaren über Chancen und Grenzen der Zeitzeugenarbeit diskutiert – natürlich immer gemeinsam mit Zeitzeugen und einer Praxisrunde. Insgesamt ist hier die Zustimmung zu diesem Angebot der lebensgeschichtlichen Vertiefung zeithistorischen Lernens erfreulich groß.

In der Tat haben sich während der nun schon geraumen Projektlaufzeit die Rolle und der „geschichtspolitische“ Stellenwert des Zeitzeugen gewandelt, wie schon die Hinweise auf die KMK-Beschlüsse andeuteten. Längst hat auch die Geschichtswissenschaft den Zeitzeugen als Phänomen historisiert und ihn zugleich als „Brücke zwischen Heute und Damals“ (Martin Sabrow) erkannt. Mit der Begründung des Koordinierenden Zeitzeugenbüros in Berlin wurde eine bundesweite Institution der Vermittlung von Gesprächspartnern für die Schulen geschaffen, die aber die Arbeit der VOS-Gruppe in NRW keineswegs überflüssig gemacht hat, sondern eher ihre Spezifika verdeutlicht hat, etwa die Kooperation von Zeitzeuge und zeithistorisch kompetentem Begleiter – übrigens eine Funktion, die seit 2017 zumeist von einem Mitglied der Gruppe wahrgenommen wird, das sich inzwischen als Historiker mit Studienabschluss qualifiziert hat.

Die jüngst durch die Studie von Christiane Bertram (Zeitzeugen im Geschichtsunterricht. Chance oder Risiko für historisches Lernen? Eine randomisierte Interventionsstudie. Schwalbach/Ts. 2017) vorgetragenen methodischen Einwände setzen vor dem Hintergrund eines mitunter allzu blauäugigen Umgangs mit Zeitzeugen wichtige Warnzeichen. Auf der anderen Seite sollte der Mut, sich auf den höchst lebendigen Kontakt mit der Geschichte einzulassen, bewahrt bleiben. Veranstaltungen mit Zeitzeuginnen und Zeitzeugen, das ist sicher auch eine wesentliche Quintessenz von fast zehn Jahren Arbeit in der VOS-Gruppe in NRW, sind kein Königsweg des historischen Lernens. Aber sie erschließen neue Pfade der Erkenntnis und sie motivieren zum Gespräch über die Generationen hinweg. Und so viel Aufmerksamkeit und Respekt haben die Opfer der kommunistischen Diktatur in Deutschland allemal verdient.¹

¹ Siehe Literaturtipp im Anhang, S. 43.

Denkmale, Erinnerungsorte und Erinnerungszeichen

Anna von Arnim-Rosenthal, Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur
Erinnerungsorte für die Opfer der kommunistischen Diktaturen



Referat Anna von Arnim-Rosenthal

Einleitung

Herzlichen Dank für die freundliche Einladung zu diesem Vortrag.

Wir konnten in den vergangenen zwei Tagen schon viel erfahren und beeindruckende Beispiele zu der Frage hören, wie die Erfahrungen einst politisch Verfolgter in der SBZ und DDR als Ausgangspunkt dienen können für eine Sensibilisierung für Demokratie und Freiheit.

Wir wissen, dass die Erfahrungen von Betroffenen besonders für heutige Jugendliche wichtig sind, um zu verstehen, wie politische Systeme in den Alltag und in die persönliche Lebensgestaltung von Menschen hineingreifen können.

Meine Erfahrung ist, dass vielmehr als Jahreszahlen die persönlichen Lebensgeschichten die Unterschiede von Diktatur und Demokratie greifbar und anschlussfähig für die nach 1990-Geborenen machen.

Dabei ist das Leid und Unrecht, das die Menschen erlebt haben, unmittelbar mit den historischen Orten verknüpft. Nicht nur, weil es ja meistens die Betroffenen waren und sind, die Erinnerungsorte initiierten, sondern auch weil die Erinnerung von Betroffenen Orte braucht, um das erlebte Unrecht anzuerkennen und zu würdigen – und damit die historischen Orte nicht in Vergessenheit geraten und deutlich machen: Die Geschichte steht nicht nur im Schulbuch, sie hat sich in meiner Straße, in meinem Kiez, in meiner Stadt, also vor meiner Haustür ereignet.

Wie viele von Ihnen wissen, hat die Bundesstiftung laut Stiftungsgesetz den Auftrag, die Erinnerung an die Opfer wachzuhalten – einerseits die Beratung und Betreuung von Opfern sowie die Opferverbände in ihrer Arbeit zu unterstützen, andererseits mit eigenen Veranstaltungen und Publikationen.

Vor diesem Hintergrund hat die Bundesstiftung vor vielen Jahren schon das Dokumentationsprojekt „Erinnerungsorte an Opfer der kommunistischen Diktaturen“ ins Leben gerufen. Derzeit erfasst unsere Datenbank mehr als 6.000 Denkmäler, Gedenkzeichen, Museen und Gedenkstätten, die weltweit in 64 Ländern an die Opfer des Kommunismus erinnern – an ihren Kampf für Freiheit und Demokratie, an Opposition und Widerstand sowie an die Überwindung der kommunistischen Diktaturen.

Das jüngst erschienene Buch, das letztes Jahr in der dritten Auflage herausgekommen ist, stellt mehr als 900 Erinnerungszeichen an Verfolgung und Repression, Teilung und Wiedervereinigung in Deutschland vor.

Es gibt noch viele weitere Publikationen, die ich hier nicht ausführlich vorstellen kann. Ich kann Ihnen heute nur eine sehr kleine Auswahl davon vorstellen. Eine Auswahl von Denkmälern und Erinnerungszeichen, die oftmals an den historischen Orten an Verbrechen, Massenmord, Gewalt und an die Opfer erinnern. Durch die sichtbaren Zeichen sollen die verbrecherischen Taten in Erinnerung gehalten und soll dem Vergessen entgegengewirkt werden, oftmals mahnen sie auch Wachsamkeit an, damit sich das Unrecht nicht wiederholt.

Vor 1989

Denkmäler zur Erinnerung an die unter kommunistischer Herrschaft begangenen Verbrechen und deren Opfer entstanden dabei keineswegs ausschließlich nach dem Untergang der kommunistischen Regime.

So wurde zum Beispiel 1981 ein Denkmal für den Aufstand in Poznań errichtet. Das Denkmal erinnert an den Streik polnischer Arbeiter am 28. Juni 1956 und an dessen Niederschlagung, bei der etwa 70 Demonstranten getötet und über 700 verletzt wurden.

Beeindruckend ist der „Berg der Kreuze“ im litauischen Šiauliai. Er entwickelte sich bereits 1850 zur Pilgerstätte. Seitdem stellen Pilger Kreuze auf – wie es heißt, als Symbol für Freiheitsdrang und Nationalstolz.

Die Zahl der Gedenkzeichen auf dem Hügel stieg rasant an, als ab 1945 Tausende Litauer Opfer stalinistischer Repressionen wurden. Immer nachts errichteten Menschen Kreuze in Erinnerung an verschleppte, internierte und hingerichtete Angehörige.

Das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Litauens ließ im April 1961 über 2.000 Kreuze vom Berg holen und alles niederwalzen. Aber die Bevölkerung hat sich nicht abbringen lassen, errichtete immer wieder neue Kreuze – bis Gorbatschow einlenkte und 1985 die staatlichen Sanktionen gegen das Aufstellen der Kreuze aufhob.

Bis zum August 1991, der Erlangung der Unabhängigkeit Litauens, befanden sich auf dem Berg bereits über 55.000 lebensgroße Kreuze.

Für den Ungarn-Aufstand von 1956 wurden über 200 Denkmäler errichtet.

Das erste entstand schon am 24. Oktober 1956: Einwohner der südungarischen Stadt Baja errichteten – interessanterweise auf dem Sockel eines gestürzten Stalin-Denkmals – ein Mahnmal für die Opfer. Es wurde bereits am nächsten Tag zerstört und das Gedenken an die Revolution in den folgenden Jahrzehnten offiziell verdrängt.

Die Erinnerung blieb dennoch durch Tausende Flüchtlinge in der westlichen Emigration gegenwärtig. So entstand am 16. März 1960 in London eine Gedenktafel. Sie zeigt ein Bronzerelief, auf dem der Sturz des Stalin-Denkmals in Budapest am 23. Oktober 1956 zu sehen ist.

Nicht nur in Erinnerung an den Ungarischen Aufstand, auch für viele weitere Ereignisse konnten Erinnerungszeichen vor dem Zusammenbruch der Regime weltweit von der Diaspora errichtet werden.

Nehmen wir das unter der Chiffre „Katyn“ bekannte Verbrechen, den von Stalin angeordneten Massenmord an über 22.000 polnischen Militärangehörigen und Intellektuellen.

Die Erinnerung an Katyn war in den langen Jahrzehnten nach der Entdeckung der Massengräber 1943 auch dadurch geprägt, dass die wahre Urheberschaft dieses Verbrechens verschleiert wurde, Katyn wurde damit zu einem der am strengsten gehüteten Tabus in der Geschichte der kommunistischen Diktaturen. Aber dennoch: Es hat Eingang gefunden in das kollektive Gedächtnis – und zwar nicht nur in Polen. An Katyn erinnern rund 180 Erinnerungsorte in 18 Ländern auf allen Kontinenten der Erde.

So wurde in Birmingham am 21. September 1980 eine Gedenktafel für die Opfer an der Vorderwand des Polnischen Hauses angebracht. Initiiert wurde sie von der polnischen Gemeinde.

Ganz ähnlich ist es in Cannock Chase: Der Gedenkstein für die Opfer wurde im September 1979 auf Initiative des polnischen Veteranenverbands enthüllt.

In Toronto errichtete der Kanadisch-Polnische Kongress, der Dachverband der polnischen Exilgemeinschaft in Kanada, ein Denkmal.

Schauen wir nach Deutschland.

Der Volksaufstand vom 17. Juni 1953 markierte kaum vier Jahre nach der Gründung der DDR die erste große Erhebung gegen ein kommunistisches Regime nach dem Zweiten Weltkrieg. Er wurde gewaltsam niedergeschlagen, es gab zahllose Tote, Tausende wurden verhaftet, die Aufständischen wurden diffamiert und kriminalisiert.

Im damaligen West-Berlin errichteten Beteiligte des Aufstands, die geflohen waren, kaum eine Woche später das erste konkrete Mahnmal in Berlin-Steglitz/Zehlendorf – ein provisorisches Holzkreuz, das am 20. Juli 1953 durch ein neues Holzkreuz mit Gedenktafel ersetzt wurde.

Zum zentralen Ort des Gedenkens an die Opfer des Aufstands im Westen der Stadt Berlin wurde der Städtische Urnenfriedhof an der Seestraße im Wedding. Dort wurden am 23. Juni 1953 acht Opfer des Aufstandes beigesetzt, die in West-Berliner Krankenhäusern gestorben waren. Stellvertretend für alle Opfer wurde hier am 17. Juni 1955 ein Mahnmal eingeweiht, an dem auch heute noch alljährlich die offiziellen Gedenkfeiern und Kranzniederlegungen der Bundesregierung und des Berliner Senats stattfinden.

Insgesamt können wir sagen, dass in der Zeit von 1953 bis 2012 ca. 70 Denkmäler errichtet wurden. 22 wurden bis 1989 ausschließlich in der alten Bundesrepublik aufgestellt, davon acht im ehemaligen West-Berlin, gefolgt von Hessen mit vier Denkmälern.

In der DDR hingegen gab es kein offizielles Gedenken an den 17. Juni und seine Opfer. So konnte erst nach 1990 an den originären Orten des Aufstands erinnert werden. Viele erinnern nicht pauschal, sondern sind Personen gewidmet, die sich am 17. Juni an den Protesten beteiligten und getötet oder zu langen Haftstrafen verurteilt wurden.

Einige von ihnen greifen auf bewährte Formen wie Kreuze, Findlinge oder Erinnerungstafeln aus den 1950er- und 1960er-Jahren zurück.

Eine Ausnahme ist das zentrale Denkmal in Berlin, das sich seit 2000 vor dem einstigen Haus der Ministerien – dem heutigen Bundesfinanzministerium – befindet – und das Sie alle kennen. Seit 2013 heißt dieser Platz zwischen Leipziger und Wilhelmstraße „Platz des Volksaufstands von 1953“.

Das letzte Denkmal zur Erinnerung an den Aufstand vom 17. Juni wurde in West-Berlin 1963 errichtet. Das hat nicht zuletzt damit zu tun, dass mit dem Bau der Berliner Mauer seit dem 13. August 1961 die Opfer der Mauer und die Erinnerung an die Teilung in den Vordergrund traten. Und während in der DDR die Todesopfer an der Mauer verschwiegen oder als Verräter hingestellt wurden, fanden die West-Berliner eine Möglichkeit, ihrerseits auf das Unrecht in der geteilten Stadt aufmerksam zu machen.

Das erste Denkmal für die Opfer des Stalinismus in Deutschland überhaupt wurde übrigens am 4. November 1951 eingeweiht und soll hier nicht unbenannt bleiben. Initiiert wurde es von der Berliner Landesgruppe der VOS und seine Aufstellung fand ein großes Medieninteresse. Es steht am Charlottenburger Steinplatz, wo die jährliche Gedenkveranstaltung immer am Jahrestag des 17. Juni stattfindet.

Nach 1989

Die Situation änderte sich, als in den Jahren nach 1989 der gesamte Ostblock zusammenbrach. Nun konnten viele, die während der kommunistischen Herrschaft verfolgt worden waren, erstmals über das reden, was ihnen und ihren Familien geschehen war.

Die öffentliche Auseinandersetzung legte die Diktaturen offen. Die Aufarbeitung der Verbrechen des Kommunismus stand nun im Mittelpunkt. Aber so vielfältig die Vergangenheiten der Länder waren, so unterschiedlich entwickelte sich die Aufarbeitung in den Ländern hinsichtlich der Dauer, Akzentuierung und Intensität.

Vielerorts führten die Umbrüche zu einer Infragestellung der bisherigen Verhältnisse. Relikte und Symbole der alten Herrschaft wurden aus dem öffentlichen Raum entfernt.

In einigen Fällen wurden ganze Denkmäler demontiert und eingelagert oder Monumente einstiger kommunistischer Führer zerstört – wie beispielsweise in Albanien die Statue Enver Hoxhers.

Die 600.000 Bunker, dagegen, die Hoxher in Albanien als Schutz gegen vorgeblich äußere Feinde und zur Einschüchterung der eigenen Bevölkerung errichten ließ, haben sich die Menschen oft kreativ angeeignet – sie dienen heute zum Beispiel als Hühnerstall, als Restaurants oder sogar als Kapelle –, die meisten von ihnen verfallen allerdings langsam.

In anderen Fällen wurden Büsten, Bilder und Denkmäler von Staatsmännern und Politikern, die in Ungnade gefallen waren, von öffentlichen Plätzen getilgt und in einem „Skulpturenpark“ zusammengetragen. Viele dieser Skulpturenparks – wie in Budapest – erheben nicht den Anspruch, die gesammelten Relikte und ihre Entstehungsgeschichte kritisch zu reflektieren.

Eine Ausnahme sind die im „Park Kultury“ in Moskau zusammengetragenen Denkmäler: Sie werden erläutert und ihre Zusammenhänge dargestellt. In Moskau wurde ein Stalin-Standbild direkt in Beziehung gesetzt mit einem Denkmal für die Opfer des stalinistischen Terrors.

Es besteht aus zahlreichen steinernen Köpfen, die in eine vergitterte Betonwand eingezwängt sind. Darüber befindet sich, in Anlehnung an die Lager des Gulag, ein hölzernes Barackendach mit Stacheldrahtkrone.

Für die Denkmäler in der früheren DDR zeigt sich eine Besonderheit: Hier kam es nicht zu spontanen Denkmalsstürzen „von unten“. Vielmehr wurde die Beseitigung unliebsamer Denkmäler in langwierigen Aushandlungsprozessen „von oben“ diskutiert und beschlossen. Sie wurden demontiert, vom Zentrum in die Peripherie versetzt, auch abgebaut und verbuddelt.

Einen „Skulpturenpark“ für DDR-Denkmäler gibt es nicht. Wohl aber seit 2016 mit der neuen Ausstellung „Enthüllt. Berlin und seine Denkmäler“ auf der Zitadelle Spandau eine Musealisierung: Ausgestellt und kontextualisiert wird hier zum Beispiel der Kopf des früheren Lenin-denkmals, der besonders heftig in der Öffentlichkeit diskutiert wurde.

Vielerorts wurden Denkmäler nach 1989 nicht nur entfernt, sondern der öffentliche Raum wurde neu besetzt, indem man bisher tabuisierte Ereignisse aufgriff.

So markieren Denkmäler seit 1989 Orte von Massenerschießungen, Inhaftierungen und Deportationen, Themen, die in der kommunistischen Zeit totgeschwiegen wurden. Die Schauplätze von Verbrechen wurden nicht nur gekennzeichnet, vielerorts werden mit Informationstafeln Anhaltspunkte für die Identifizierung der Opfer gegeben – wie zum Beispiel in Perm und Butovo. Allein in der Russischen Föderation erinnern etwa 400 Denkmäler an den Tatorten an den Großen Terror von 1937/38.

In Butovo konnte bereits am 10. Oktober 1993 ein erster Gedenkstein eingeweiht werden.

Dorthin wurden zwischen 1937 und 1938 mehr als 21.000 Menschen verschleppt, um erschossen und in Massengräbern vergraben zu werden.

Memorial Moskau und die russisch-orthodoxe Kirche haben einen würdigen Gedenkort eingerichtet, der derzeit erweitert wird.

Die Gedenkstätte Perm-36 ist einzigartig. Sie beherbergt zurzeit das einzige Gulag-Museum an einem historischen Ort in Russland.

Bereits fünf Jahre nach der Schließung von Perm-36 setzte sich eine Gruppe für die Errichtung einer Gedenkstätte ein.

Sie ist heute aber auch ein Beleg dafür, wie ein Ausstellungsnarrativ im Sinne der sich verändernden Geschichtspolitik neu ausgerichtet werden kann. Denn 2012 wurde die Gedenkstätten-

leitung abgesetzt, Sammlung und Archiv wurden beschlagnahmt und eine neue Leitung wurde installiert.

Gehen wir noch einmal heraus aus Russland. In Warschau haben Künstler einen Eisenbahnwaggon mit Kreuzen errichtet, der an die Deportation von Polen in die sowjetischen Lager erinnert.

Das Denkmal für die Opfer des Kommunismus 1944–1989 in Braşov, Rumänien, wurde im September 2002 eingeweiht. Die Initiative für die Errichtung geht auch hier auf Betroffene zurück. Neben der Markierung historischer Orte hat es nach den Jahren des Verschweigens der kommunistischen Untaten geradezu eine nachholende Memorialisierung gegeben – seit den Umbrüchen ist in den ehemals kommunistisch beherrschten Staaten Ostmittel- und Osteuropas eine vielgestaltige und vielfältige materielle Erinnerungslandschaft entstanden.

Diese Länder erinnern zumeist an konkrete Verbrechen wie beispielsweise den Holodomor.

Der künstlich von der sowjetischen Führung in der Ukraine (aber nicht nur dort) herbeigeführten Hungersnot fielen 1932/33 mehrere Millionen Menschen zum Opfer. Die Sowjetunion setzte alles daran, die Opfer, die verödeten Siedlungen und die menschenleeren Landstriche zu verbergen. Auch wenn dadurch der Holodomor bis heute in weiten Teilen der Öffentlichkeit kaum bekannt ist, gelang es doch nicht ganz, denn Tausende Opfer flohen in die Städte und über das ganze Land. In der Ukraine wurde das offizielle Beschweigen erst seit 1987 allmählich gebrochen. Schon ein paar Jahre zuvor gab es erste Denkmalsinitiativen, zum Teil mit staatlicher Unterstützung, jedoch außerhalb des sowjetischen Machtbereichs. Wir haben aktuell 727 Erinnerungszeichen gesammelt.

Ein beeindruckendes Denkmal außerhalb der früheren Sowjetunion ist das Mahnmal zur Erinnerung an Katyn in Jersey. Die Komposition soll den verräterischen „Stoß in den Rücken“ versinnbildlichen.

Eine Vielzahl der Denkmäler erinnert an die Opfer und an ihr Leid – und nicht zum Beispiel an ihren Mut und ihre Zivilcourage bei Protest und Widerstand. Aber es gibt auch die Denkmäler, die ein sogenanntes „positives Erinnern“ ermöglichen wie zum Beispiel in Budapest.

Bei allen nationalen oder regionalen Differenzierungen bei den Denkmälern werden in der Regel solche Ereignisse erinnert, die einen hohen emotionalen und symbolischen und damit für die Wiederbelebung nationaler Identität großen Stellenwert aufweisen und damit auch einen hohen Identifikationswert besitzen, der Selbstvergewisserung dienen und zudem in der bisherigen staatlichen Erinnerung tabuisiert waren.

Um diese Unterschiede und Ähnlichkeiten in den Erinnerungskulturen und Denkmälern geht es in einer neuen Publikation, die in 2018 erscheinen wird.² Darin finden Sie eine Auswahl von mehr als 100 Erinnerungsorten in 35 Ländern.

Ein Bauwerk, das einerseits ein sichtbares Zeichen staatlicher Repression war, von der Ohnmacht der Herrschenden zeugte und zum weltbekannten Symbol für die Unmenschlichkeit wurde, aber andererseits heute ein Symbol für Freiheit ist, ist die Berliner Mauer.

Während in Berlin von dem Original heute nur noch in der Bernauer Straße, zwischen Abgeordnetenhaus und Topografie des Terrors, am Potsdamer Platz und der East-Side-Gallery etwas zu sehen ist, stehen weltweit Teile der Mauer aus Berlin.

Ich möchte schließen mit einer Bitte an Sie: Wenn Sie ein Denkmal, ein Mauerstück oder eine Gedenktafel in Ihrer Region oder irgendwo auf der Welt entdecken: Wir freuen uns, wenn Sie uns Informationen und Fotos zu dem Ort schicken, sodass wir den Erinnerungsort in unser Dokumentationsprojekt aufnehmen können.

Herzlichen Dank.

² Siehe Literaturliste S. 43.

Das Bürgerdenkmal in Magdeburg



Referat Dr. Willi Polte

Anfang 1998 kamen zwei Herren zu mir ins Rathaus und unterbreiteten den Vorschlag, die Stadt möge ein Bürgerdenkmal errichten zur Würdigung der Friedlichen Revolution von 1989 und die Fertigstellung soll bis 1999, zehn Jahre nach der Friedlichen Revolution von 1989 erfolgen. Das Grundanliegen fand meine volle Zustimmung.

Bereits 1991 hatte ich eine sogenannte „Wendemedaille“ als Erinnerungszeichen durch den Magdeburger Bildhauer Heinrich Apel gestalten lassen. Ein Exemplar habe ich mitgebracht und möchte kurz einige Erläuterungen zur inhaltlichen Gestaltung machen.

Ausgezeichnete sind u. a.: Hans-Jochen Tschiche, Markus Meckel, Superintendentin Waltraut Zachhuber, Domprediger Giselher Quast, Schauspieler Matthias Ulrich, Kirchen-Juristin Susanne Seils.

Ein Denkmal im öffentlichen Raum hat natürlich eine viel größere Symbolkraft.

Aber ein Denkmal für Bürger sollte ein Denkmal von Bürgern sein.

Ich sagte den Herren: Nicht eine Kommunalverwaltung sollte hier vorpreschen, sondern es sollte das Ergebnis eines bürgerschaftlichen Engagements sein.

Diese Anregung wurde aufgegriffen und am 19. März 1999 erfolgte die Gründung des Kuratoriums „Magdeburger Bürgerdenkmal e. V.“

Am 25. März 1999 erfolgte ein Spendenauf Ruf über die Presse.

Zwischen 1990 bis zur Einweihung 2003 lag die intensive Arbeit des Kuratoriums, natürlich in enger Abstimmung mit der Stadtverwaltung.

Geld sammeln

Privatpersonen ein Stein:	89,00 €
Gesellschaftliche Gruppen und Organisationen	189,00 €
Unternehmen	1.989,00 €

Standortentscheidung

Ausschreibung eines Gestaltungswettbewerbes (32 Teilnehmer)

Auswahl des zu realisierenden Gestaltungsentwurfes

Im Quadrat um das Denkmal wurden 470 Tafeln mit den Namen der Spender um das Denkmal in das Pflaster eingelegt.

Diese 470 Spenden deckten die Gesamtkosten.

Einige Angaben zum Denkmal:

Künstler: Norbert Zigel, Langweid bei Augsburg

Form: sichtbare Hohlzylinderform

Material: Bronzeguss, geborsten/Innenbereich: Stahl

4 Bodenplatten: Bronzeguss mit den Schriftzügen:

„Demokratie“, „Einheit“, „Frieden“, „Freiheit“

Höhe: 4,5 Meter

Gewicht: 2 Tonnen

Kosten: 96.000,00 €

Deutung

Das Kunstwerk soll ein würdiges Mal des Erinnerns darstellen, wobei es darum geht, die idealen Elemente der friedlichen Revolution,

- nämlich den Geist der Zivilcourage,
- der Gewaltlosigkeit,
- keine staatliche Bevormundung mehr hinzunehmen,

in die bildnerische Gestaltung des Denkmals einfließen zu lassen.

Das Bürgerdenkmal besteht aus zwei Kegelstumpfhälften, die den Korpus bilden, der gleichsam aufbricht.

Aus dem aufbrechenden Kegelstumpf scheint Licht hervor, das die brennenden Kerzen symbolisiert, die die protestierenden Bürger 1989 in der Hand trugen.

Eine Hälfte des Kegels steht auf dem Kopf – dies sozusagen als Zeichen für den Umbruch. Und Aufbruch jenes Jahres.

Durch eine innere Beleuchtung wirkt die Stele des Nachts wie eine Fackel.

Umgeben ist das Objekt von Granitpflaster, in dem die sogenannten Spendensteine, ebenfalls aus Granit, eingebettet sind.

Am 3. Oktober 2003 konnte die Einweihung des Bürger-Denkmal in Anwesenheit höchster Repräsentanten unserer Bundesrepublik erfolgen.

Im Jahre 2003 stellte turnusmäßig das Land Sachsen-Anhalt mit Ministerpräsident Böhmer den Bundesratspräsidenten.

Anlässlich der zentralen Feier zur Deutschen Einheit in Magdeburg fand nach dem Gottesdienst im Dom die Einweihung des Bürgerdenkmals in Anwesenheit des Bundespräsidenten Rau, des Bundeskanzlers Schröder und des Bundesratspräsidenten Böhmer statt

Die Enthüllung nahm Frau Elisabeth Graul³ vor, sie war ein Opfer der stalinistischen Diktatur in den 1950er-Jahren.

³ Elisabeth Graul (1928–2009), Autorin von: Die Farce. Impuls-Verlag, Magdeburg 1991; Ich brenne und ich werde immer brennen. Ed. L. Hockenheim 1995; Türmer sein. Ed. L. Czernik, Hockenheim 1997; Blaue Trichterwinde. Dr. Ziethen Verlag, Oschersleben 1998; Vogellieder ... überwiegend heiter. E. Graul, 1999; Shalom für Magdalena. Langen-Müller Verlag, München 2000; In dunkler Frühe sang die Amsel. Dr. Ziethen Verlag, Oschersleben 2004.

Weitere Foto-Impressionen vom 21. Bundeskongress

Die obigen und die nachfolgenden Bilder sind alle © Kurt Neumann, im Auftrag der LzA LSA.

28. April 2017



Ankommen im Hotelfoyer



Infostände der Landesbeauftragten und Verbände



Improvisation von Holger Gottwald



Blick in den Festsaal, vorne: die Mitveranstalter



Eröffnung durch Landesbeauftragte Birgit Neumann-Becker



Eröffnung durch Markus Meckel, Stiftungsratsvorsitzender



Grußwort von Andreas Schumann, MdL



Improvisation von Holger Gottwald

29. April 2017 vormittags



Einführung durch Birgit Neumann-Becker



Gabriele Stötzer zum Film „Kaputt“



Referat von Matthias Stork



Gabriele Stötzer, Matthias Stork, Lutz Rathenow



Referat von Ingolf Notzke



Podium 2

29. April 2017 nachmittags: Informationen aus den Verbänden



Christian Dietrich mit Heinz Streblov, Vereinigung der Opfer des Stalinismus Sachsen-Anhalt e. V.



Beitrag von Mariagnes Pense, Arbeitsgemeinschaft Lager Sachsenhausen 1945-50 e. V.



Beitrag von Jürgen Sydow, IG ehemaliger Brandenburger politischer Häftlinge



Beitrag von Peter Heubach, VOS MV



Beitrag Roland Herrmann, Kindergefängnis Bad Freienwalde



Beitrag Detlef Fahle, DDR-Militärgefängnis Schwedt e. V.



Beitrag von Elisabeth Salomon, Präsidentin des Heimatverdrängtes Landvolk e. V.



Beitrag von Manfred Graf von Schwerin, Aktionsgemeinschaft Recht und Eigentum (ARE)



Beitrag Eva Comel, Dt. Verein Anti-D HCV Geschädigter e.V.



Beitrag von Elisabeth Freyer, OdS Thüringen e. V.



Beitrag von Manfred Kruczek, Forum zur kritischen Auseinandersetzung mit DDR-Geschichte im Land Brandenburg



Beitrag von Robert Sommer, Beratungsinitiative SED-Unrecht des Caritasverbandes für das Bistum Erfurt e. V.



Beitrag Sylvia Wähling, Menschenrechtszentrum Cottbus e. V.



Beitrag von Heinz Galle, VOS Sachsen e. V.



Beitrag von Sybille Krägel, IG NKWD-Lager TOST



Beitrag von Jörg Moll, VOK-Deutschland e. V.



Nachfrage von Dr. Wolfgang-Christian Fuchs, UOKG e. V.



Publikum nachmittags



Schiffahrt: Blick elbaufwärts



Schiffahrt: Blick elbabwärts



Schiffahrt: Blick zum Dom

29. April 2017 abends



Schiffahrt: Ankunft am Petriförder



Begrüßung für den Abend



Publikum abends: das Magdeburger Team



Die Sängerin Kaja Westerhem



Blick auf die Bühne beim Schlussapplaus

30. April 2017 vormittags



Referat von Dr. Neela Winkelmann,
Platform of European Memory and Conscience



Referat von Michael Cramer, MdEP



Publikumsfrage: Dr. Carl-Gerhard Winter, Vorsitzender der
Vereinigung der Opfer des Stalinismus Sachsen-Anhalt e. V.



Moderator Ulrich Wittstock



Abschluss und Danksagungen durch Birgit Neumann-Becker
Gedenkveranstaltung 30. April 2017



Einladung für 2018 nach Potsdam durch Ulrike Poppe



Gedenkveranstaltung am Bürgerdenkmal



Andacht am Bürgerdenkmal mit Domprediger Jörg Uhle-Wettler und Raimund Sternal, Generalvikar i. R.



Blick auf den Dom



Blick auf das Bürgerdenkmal



Weg zum Mauersegment



Gedenken: Blumen am Mauersegment



Am Mauersegment



Schlussbild: die Veranstalter

Auswahl weiterführender Literatur

Beyler, Gabriele u. a.: Auf Biegen und Brechen: Geschlossene Heimunterbringung im Kontext sozialistischer Erziehung in der DDR. Initiativegruppe geschlossener Jugendwerkhof Torgau, 1. Aufl. Torgau 2006.

Birthler, Marianne: Halbes Land, ganzes Leben. Hanser-Verlag, 2. Aufl. Berlin 2014.

Böhme, Irene; Götze, Moritz: Wasja Götze: Inmitten am Rande. Hasenverlag, 1. Aufl. Halle 2016.

Cramer, Michael: Europa-Radweg Eiserner Vorhang: Von Hof nach Szeged, Deutschland, Tschechien, Österreich, Slowakei, Ungarn, Slowenien, Kroatien, 1.730 km (Bikeline Radtourenbücher). Esterbauer-Verlag, 1. Aufl. Berlin 2014.

Flegel, Silke; Hoffmann, Frank: Fluchtpunkt NRW – Zeitzeugenberichte zur DDR-Geschichte. LIT-Verlag, 1. Aufl. Münster 2016.

Kaminsky, Anna (Hg.): Orte des Erinnerns. Gedenkzeichen, Gedenkstätten und Museen zur Diktatur in SBZ und DDR. Christoph-Links-Verlag, 3. Aufl. Berlin 2016.

Kaminsky, Anna (Hg.): Museen und Gedenkstätten zur Erinnerung an die Opfer der kommunistischen Diktaturen. Sandstein Verlag, Dresden 2018.

Storck, Matthias: Karierte Wolken: Lebensbeschreibungen eines Freigekauften. Brunnen-Verlag, 4. Aufl. Gießen 2017.

Storck, Matthias: Vaterland zum Mitnehmen: Erfahrungen eines Freigekauften. Brunnen-Verlag, 1. Aufl. Gießen 2015.

Stötzer, Gabriele: Die bröckelnde Festung, Kirchheim-Verlag. 1. Aufl. Kirchheim 2002.

Stötzer, Gabriele: Ich bin die Frau von gestern. Prosa und Gedichte (Die verschwiegene Bibliothek). Edition Büchergilde, 1. Aufl. Berlin 2005.

Hinweise auf ausgewählte Internetseiten

Zum Radweg entlang des Eisernen Vorhangs: <http://www.ironcurtaintrail.eu/> (Stand: 11. Januar 2018, 15:29)

Erinnerung an Workuta: www.workuta.de (Stand: 11. Januar 2018, 15:31)

Platform of European Memory and Conscience: <https://www.memoryandconscience.eu/> (Stand: 29. Januar 2018 16:50)

Gedenkstätte Geschlossener Jugendwerkhof Torgau: <http://www.jugendwerkhof-torgau.de/> (Stand: 11. Januar 2018 15:32)

Zeitzeugenprojekt VOS, Ruhr-Uni Bochum und Bundesstiftung Aufarbeitung: <http://www.vos-zeitzeugen.de/index2.htm> (Stand: 29. Januar 2018 16:44)

Ein multimedialer Erinnerungsort: <http://mapp.pageflow.io/jugendwerkhof-burg> (Stand: 29. Januar 2018 16:42).

Beiträge zu diesem Band

Anna v. Arnim-Rosenthal

Geboren 1983 in Kandy (Sri Lanka), 2002–2007 Magister-Studium der Politik- und Kulturwissenschaften an den Universitäten in Oldenburg, Bremen und Leipzig; 2012–2014 Redakteurin von „Chronik der Mauer“ bei der Bundeszentrale für politische Bildung; seit 2014 Mitarbeiterin im Bereich „Schulische Bildung“ und seit 2016 im Bereich „Opfer und Gedenken“ zuständig für „Zeitzeugen und Erinnerungskultur“ der Bundesstiftung Aufarbeitung.

Marianne Birthler

Geboren 1948 in Berlin, März–Okt. 1990 Mitglied der Volkskammer, Sprecherin der Fraktion Bündnis 90/Grüne, Okt.–Dez. 1990 Mitglied des Bundestags, Sprecherin der Fraktion, 1990 bis 1992 Ministerin für Bildung, Jugend und Sport in Brandenburg, Oktober 2000–März 2011 Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR.

Gabriele Brakebusch

Geboren am 23. Februar 1954 in Kloster Gröningen, verheiratet, drei Kinder. Mitglied des Landtages seit 2002 (4. Wahlperiode), 2014 bis 2016 Vorsitzende des Kreistages Landkreis Börde, seit 09/16 Landtagspräsidentin des Landes Sachsen-Anhalt.

Detlef von Dechend

Geboren am 8. Januar 1944 in Stolp, ab 1963 Studium an der TH „Otto von Guericke“ in Magdeburg, 1965 versuchte Republikflucht: 15 Monate Haft, 1982 Ausreiseantrag; Haft wegen „landesverräterischer Nachrichtenübermittlung“, 1984 Freikauf, seit 1985 in der VOS, seit 2008 VOS-Landesvorsitzender NRW und Projektleiter im Zeitzeugenprojekt.

Dr. Frank Hoffmann

Studium der Geschichte, Germanistik, Erziehungswissenschaften und Philosophie in Bochum (Ruhr-Universität, RUB), 1988 1. Staatsprüfung für das Lehramt, 1997 Promotion mit einer Dissertation zur deutsch-deutschen Migration vor 1961, seit 2012 Geschäftsführer des Instituts für Deutschlandforschung, seit 2015 Koordinator von RUB Europadialog.

Stefan Krikowski

Am 16.6.1960 in Mettmann bei Düsseldorf geboren, 1981 Umzug nach Berlin: Studium der Sozialpädagogik, seit 1993 Arbeit mit und Betreuung von geistig Behinderten in Wohngemeinschaften der AWO in Berlin. Von 1992 bis 2007 begleitete er seinen Vater zu den jährlichen Workutaner-Treffen, nach Rehabilitierung (28.11.1995): 2005 Antragstellung zur Akteneinsicht der Verhörprotokolle des NKWD (von Johannes Krikowski) in Moskau. Übersendung dieser im Jahr 2007. 2011–2013 Dokumentationssammlung und Biografie-Erstellung für eine neu zu gestaltende Homepage, 11.9.2013 Freischaltung der Homepage www.workuta.de mit zunächst 36 Zeitzeugen.

Dr. Wilhelm (Willi) Polte

Geboren am 11. Januar 1938 in Niegripp – Kreis Jerichower Land, verheiratet, 2 Kinder; 1955–1958 Ingenieurstudium in Leipzig; 1960–1965 Hochschulstudium an der Technischen Universität Dresden; 1989 Mitbegründer der Sozialdemokratischen Partei (SDP) der DDR und deren 1. Vorsitzender im ehemaligen Bezirk Magdeburg (ab 1990: SPD), 1990 Mitglied der ersten frei gewählten Volkskammer der DDR (MdV), 1990–2001 Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Magdeburg, 2001–2009 Ehrenamtlicher Bürgermeister der Ortschaft Niegripp, heute ein Ortsteil von Burg, 2003 Ehrenbürger der Landeshauptstadt Magdeburg.

Impressum

Herausgeberin: Konferenz der Landesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR, zur Aufarbeitung der SED-Diktatur und der Folgen der kommunistischen Diktatur mit der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur

Verfasserin: Landesbeauftragte Birgit Neumann-Becker
www.aufarbeitung.sachsen-anhalt.de

Layout: Dr. Wolfgang Laßleben

Titelfotos: Bürgerdenkmal Magdeburg vor dem Hintergrund des Magdeburger Doms;
LzA LSA

Druck: Druckerei des Landtages von Sachsen-Anhalt

Erscheinungsjahr: 2018

